Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Platzvorschrift 2. Pf.

Nr. 103 | Dresden, Donnerstag den 6. Mai 1920 | 31. Jahrg.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratie

Auftakt zum Wahlkampf

Man kann sagen, daß die herrschende Stimmung der sozialdemokratischen Reichskonferenz die des Kampfwillens und Kampfgeistes ist. Schon Scheidemanns einleitendes Referat war zugespitzt auf die Parole: Mit Selbstvertrauen und Zuversicht in den Wahlkampf! Er verschwieg dabei die Fehler nicht, von denen in solch schweren Zeiten die Politik auch der idealsten Partei nicht frei sein kann; er gab zu, daß es Noskes Fehler gewesen, zuviel auf die Loyalität und politische Vernunft der Offiziere gebaut zu haben. Aber es bleibt das weithin leuchtende Verdienst der Sozialdemokratie, die Errungenschaften der Revolution bis heute mit Erfolg gegen die Anstürme der Rechts- und Linksbolschewisten gerettet zu haben. Und was die Mängel der Koalitionspolitik anbelangt, so wird es im kommenden Wahlgange die Sache der Wähler sein, durch eine sozialistische Mehrheit die Vorbedingungen für eine sozialistische Regierung zu schaffen.

Scheidemanns Darlegungen, die weniger auf die Erörterung programmatischer und mehr auf die Hervorhebung taktischer Fragen angelegt waren, ernteten lebhafte Zustimmung. Schwieriger hatte es Noske. Wer einen Fehlschlag erlitten, braucht für Kritik nicht zu sorgen, und wenn er gleich mit Recht geltend machen kann: Wer aus einem Amt scheidet, ist um manches klüger, als wenn er hineinsteigt. Aber Zustimmung muß ihm gezollt werden, wenn sich Noske scharf dagegen wendet, daß Genossen von berechtigter Kritik dazu übergehen, ihm die persönliche Ehre abzuschneiden.

Die Reichskonferenz beschränkte die Noske-Debatte durch Schlußantrag auf jenes Maß, das ihr im engen Rahmen dieser Tagung zukommt. Genosse Adolf Braune hob hervor, daß es sich nicht um einen Parteitag handle, der Rechenschaft zu fordern hat, sondern daß sich die Debatten vor allem mit der Vorbereitung des Wahlkampfes beschäftigen sollten. Aber gerade deshalb blieb es wünschenswert, daß die Konferenz unser Bekenntnis zu den Kernfragen des Sozialismus erneuerte. Wenn Genosse Sollmann keine Schwarzseher dulden wollte, so ist es nicht minder richtig, wenn Genosse Grötzsch forderte, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch Versäumnisse eingestehen müsse, um sie gutzumachen. Die Partei hat sich in den Kernfragen des Sozialismus die propagandistische Führung entwinden lassen. Man mag als mildernden Umstand die Schwierigkeiten und die ungeheure Ueberlastung anführen, unter denen unsre Partei seit dem November 1918 leidet — wahr bleibt nichtsdestoweniger, daß im Wahlkampf nicht nur die Grenzen gegen linksradikale Hysterie, sondern auch gegen die Koalitionsparteien rechts von uns sichtbar abgesteckt werden müssen. In den Fragen der anzustrebenden planvollen Wirtschaftsweise und neuen sozialistischen Lebensordnung darf es keine Unklarheit geben. Genosse Enzmann, Barmen, der die geringen Fortschritte in der Sozialisierungsfrage kritisierte, hätte trotz der von ihm gewählten anfechtbaren Form mit mehr Ruhe angehört werden dürfen, als ein Teil der Delegierten aufbrachte. Denn wenn wir die Kampfbegeisterung unsrer Genossen im Lande befeuern wollen, so müssen wir den Wahlkampf nach großen sozialistischen Gesichtspunkten führen.

*

Die Verhandlungen

Berlin, 5. Mai. Im Sitzungssaale des Reichstags begann heute die an Stelle eines Parteitages einberufene Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei. An derselben nahmen teil der Parteivorstand, der Parteiausschuß, die Vertreter der Parteipresse und die Vertreter der Bezirksorganisationen. Ferner in großer Zahl die Mitglieder der Fraktion der Nationalversammlung. Unter den Teilnehmern, deren Zahl etwa 150 ausmachte, bemerkte man zahlreiche Regierungsmitglieder. Bartels eröffnete im Auftrage des Parteivorstandes in Vertretung des vor einigen Tagen verunglückten Parteivorsitzenden Otto Wels die Versammlung. Der Spaltungsprozeß, der die Sozialdemokratie während des Krieges ergriffen hat, hat sich nunmehr auch auf die bürgerlichen Parteien ausgedehnt. Der politische Massenstreik zur Abwehr des Kapp-Putsches hat einen Ruck nach links zur Folge gehabt. Einen Teil des Bürgertums hat blasser Schrecken ergriffen. Das beweist die Flucht der Mugdan und Wiemer nach rechts. Auch in unsrer Partei ist der Ruck nach links stark zu verspüren. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft ist stark gestiegen, und das Verhalten der bürgerlichen Koalition in den letzten Tagen der Nationalversammlung ist nicht geeignet, eine Aenderung herbeizuführen. (Sehr wahr!) Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist noch nicht erreicht. Sehr verstimmend hat gewirkt, daß die Festlegung des 1. Mai als Feiertag in diesem Jahre gescheitert ist an dem Widerspruch der bürgerlichen Koalitionsparteien. Was ist damit erreicht? Die Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie die Macht hat, den Feiertag zu erzwingen. So wurde der 1. Mai zu einer Niederlage der bürgerlichen Koalitionsparteien. Der Erfolg war vorauszusehen. (Zustimmung.) Die Dinge haben auch in unsern Reihen zu einer Diskussion über die Koalitionspolitik geführt. Im Wahlkampf werden diese Dinge eine große Rolle spielen. Für uns liegen die Dinge so: Ergeben die Wahlen eine sozialistische Mehrheit, so werden wir mit Freude und Erleichterung von der Koalition Abstand nehmen. (Beifall.) Bleibt aber das Stärkeverhältnis bestehen, so werden wir an der Koalitionspolitik zur Bildung einer Mehrheit festhalten. Die Koalition war niemals unser Ideal und ist unter dem Zwang der Verhältnisse entstanden. Unser Streben muß sein, die Machtverhältnisse nach links zu verschieben. Nach rechts kommt nicht in Frage. (Lebhafter Beifall.) Es bestehen in der Partei für den Wahlkampf keine Meinungsverschiedenheiten. Der Feind steht rechts. (Na, na!) Die Auseinandersetzung mit den andern sozialistischen Parteien sollen wir während des Wahlkampfes zurückstellen. Werden wir dazu gezwungen, so werden wir sie aufnehmen. Angeblich soll in unsern Reihen eine gedrückte Stimmung herrschen. Die Propheten sind schlecht unterrichtet. (Sehr richtig.) Die Kampfesstimmung ist ausgezeichnet. Welche Gründe sollten wir zum Gleichmut haben? Der Stand unsrer Organisation, der Leserzahl unsrer Presse zeigt, daß unsre Werbekraft ungeschwächt ist. Darum gehen wir in den Wahlkampf mit dem Selbstvertrauen, daß er uns einen kräftigen Schritt weiter zum Ziele, zum völkerbefreienden Sozialismus bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Zu Vorsitzenden wurden Bartels, Berlin, und Löbe, Breslau, gewählt.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist

„Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen".

Das einleitende Referat hielt Philipp Scheidemann über die Reichstagswahlen.

Im Oktober 1917, vor zweieinhalb Jahren, waren wir in Würzburg beisammen. Es war ein Jahr vor dem Ende, die großen und kleinen Herren von Gottesgnaden saßen noch fest auf ihren Thronen, und der Militarismus, Schwelger auf allen Schlachtfeldern, verkündete uns die herrlichen Zeiten, denen er uns entgegenführen wollte. Wir waren damals in Würzburg nicht so hoch gestimmt, wir sahen das, was kommen mußte, klarer voraus, als die damals noch herrschenden Mächte. Ich sagte damals, daß sich durch den Krieg eine Machtverschiebung im Klassenkampf zugunsten des Proletariats vollziehe und daß die Sozialdemokratie durch den Krieg eine Partei geworden sei mit der unmittelbaren Anwartschaft auf

die Macht im Staate

Deutschland werde nach dem Kriege ein demokratisches Staatswesen sein, und die ersten Wahlen nach dem Kriege würden darum eine ganz andre Bedeutung haben als alle Wahlen zuvor. Wir waren uns schon damals klar darüber, daß wir in dem Augenblicke des Kriegsschlusses, der zugleich der Augenblick unsrer Machtergreifung sein würde, einen Trümmerhaufen vorfinden und

eine Wüste betreten

würden, und daß wir uns auf den Bänken der Macht [illegible] würden nach der Zeit, da wir noch rechtlos und geächtet waren. „Keine Macht der Erde," sagte ich damals, „kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Sprung in das Paradies hinüberführen."

Die Dinge gestalteten sich schlimmer, als wir vorausgesehen hatten. Ich bin davon überzeugt, daß man in zwanzig Jahren, wenn man aus etwas weiterer Ferne die geschichtlichen Zusammenhänge unsrer Gegenwart betrachten wird, allgemein anerkennen wird, daß

die Revolution die Lebensretterin Deutschlands

gewesen ist. Wir hatten alle, die einen laut, die andern heimlich, gehofft, die Not der Zeit würde die Arbeiterbewegung wieder zur Einheit zusammenschmieden. Der Einheitstraum schien am 9. November in Erfüllung zu gehen, aber er dauerte nicht lange. Woran ist er gescheitert? Er ist gescheitert an dem Widerstand der Linken, der Unabhängigen Partei, die in Gemeinschaft mit den Kommunisten an dem gewaltsamen Sturz der Regierung arbeitete, in der ihre eigene Partei — trotz ihrer damaligen zahlenmäßigen Schwäche — mit uns mit gleichen Rechten saß. [illegible] Unabhängigen und Kommunisten verstanden ihre Zeit nicht. Statt die reine Arbeiterregierung,

die rein sozialistische Regierung des 9. November

zu stützen und ihr eine demokratische, dauernde Grundlage ihrer Macht zu schaffen, gingen sie gegen diese Regierung mit gewalttätigem Fanatismus vor. Sie erzwangen dadurch [illegible]: die Notwendigkeit der Koalitionspolitik und die Notwendigkeit jener Politik, die sie später die Noske-Politik nannten.

Im Januar 1919 gab es für die Regierung tatsächlich keine andre Wahl als die, entweder vor einer Bewegung zu kapitulieren, hinter der noch kein Zehntel der Arbeiterbewegung stand und deren Sieg eine Katastrophe bedeutet hätte, oder aber die Rettung der Republik in die Hände der noch vorhandenen Truppenverbände unter ihren reaktionären Offizieren zu legen. Die Linksunabhängigen und die Kommunisten haben damals in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil der damals völlig verlorenen Macht in die Hände gespielt. Ohne Januar-Putsch von 1919 kein März-Putsch von 1920:

ohne Ledebour kein Lüttwitz.

Die wirklichen Fehler von der andern Seite, von den unsern, begannen erst später. Sowie die Ruhe im Lande einigermaßen wiederhergestellt war, mußte die [illegible] und die [illegible] liche Verwaltung einer gründlichen Säuberung unterzogen

Entwaffnung der Frankfurter Polizei

Aus Frankfurt a. M. wird dem Vorwärts gemeldet: Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde mußte gestern früh das Polizeipräsidium seine Waffen abliefern. Es werden ihm nur 500 Gewehre für die uniformierte Schutzmannschaft, die 525 Mann stark ist, belassen. Außerdem stehen nur 150 Revolver für die 1000 Hilfspolizisten zur Verfügung, eine Bewaffnung, die absolut unzureichend für den Schutz der Bürgerschaft durch die Polizei ist. Diese Maßnahme darf vielleicht darauf zurückzuführen sein, daß die Franzosen die Entlassung des vor zehn Tagen auf Anordnung der Reichsregierung wegen Hochverrats in Frankfurt verhafteten Kommunisten Minster genannt König fordern, eine Anmaßung, die von den deutschen Behörden abgelehnt worden ist. Die hiesigen Behörden haben die Franzosen auf den Weg der Verhandlungen zwischen den zuständigen Reichsbehörden hingewiesen. Polizeipräsident Genosse Ehrler glaubt, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nicht mehr tragen zu können und hat die Regierung um Enthebung vom Amt oder Rückgängigmachung des Befehls gebeten. Gleichzeitig machte er von seinem Entschlusse dem General Vidalon Mitteilung.

*

Ewige Besetzung des Maingaues?

Der Temps meldet, daß der französische Ministerrat am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Maingaues abgelehnt habe. Es wurde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien. — Journal des Debats meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankfurts fortdauern zu lassen, bis die Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt seien.

Am 28. April erklärte Millerand in einer öffentlichen Sitzung der französischen Kammer: Das Gebiet von Frankfurt und Darmstadt wird geräumt werden, sobald die interalliierten Kommissionen festgestellt hätten, daß die deutschen Streitkräfte in der neutralen Zone auf den Stand zurückgebracht worden seien, wie er in dem Abkommen vom 8. August 1919 festgesetzt wurde. Am 29. April gab Lloyd George im Unterhaus die Erklärung ab, „daß von dem Augenblick an, wo die Truppenmacht im Ruhrgebiet auf die in der Note der Alliierten vom 8. August 1919 zugestandene Höhe zurückgebracht ist, die französischen Truppen Frankfurt und Darmstadt verlassen werden". Inzwischen ist die Truppenmacht auf das zugestandene Maß vermindert worden, wenn auch die Frage nach der Zahl der Einheiten nicht gelöst ist. Am 1. Mai lehnt der französische Ministerrat die Räumung von Frankfurt und Darmstadt ab und macht die Räumung von der Erfüllung des Versailler Friedensvertrages abhängig, eines Vertrages, dem wir nach dem Ausspruch des sicherlich nicht deutschfreundlichen Lloyd George gar nicht in all seinen Teilen nachkommen können. Am 5. Mai erlaubt sich Frankreich einen Eingriff in die Rechte der Stadt Frankfurt, der dem Geist von San Remo ebenso ins Gesicht schlägt, wie der Ministerbeschluß vom 1. Mai. Nur wenige Wochen trennen uns von Spa, wo wir zum erstenmal wieder nach fünf Jahren nicht als Feinde mit unsern ehemaligen Gegnern unterhandeln sollen. Wir müssen gestehen, der Geist von Potsdam, der an der Seine herrscht, macht uns den Weg nach Spa schwer. Immer wieder verlangt man von uns den guten Willen. Bisher hat es uns wahrlich nicht daran gefehlt. Aber kein Volk kann diesen guten Willen auf die Dauer aufbringen, wenn die Gegenseite von dem Gegenteil dessen beseelt ist. Es gibt Grenzen — — —

Die Streikwelle in Frankreich

Die Lage im Eisenbahnerstreik soll sich nach Havasmeldungen wesentlich gebessert haben, da sich angeblich immer mehr Freiwillige melden und Streikende sich zur Wiederaufnahme der Arbeit einfinden. Bei diesen Meldungen scheint aber der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein, denn sie werden durch andre Meldungen Lügen gestraft. So tritt z. B. Marcel Cachin in der Humanité diesen Behauptungen vom Nachlassen des Eisenbahnerstreiks energisch entgegen; er betont, daß mehr als fünfmalhunderttausend Arbeiter der vier in Frage kommenden Berufsgenossenschaften daran beteiligt seien. Danach hat also der Eisenbahnerstreik doch nach und nach einen größeren Umfang angenommen, als nach den ersten Meldungen der Havasagentur vermutet werden konnte. Am Mittwoch wurden alle streikenden Angestellten der verschiedenen Eisenbahnlinien brieflich aufgefordert, bis Donnerstag zu den Arbeitsstätten zurückzukehren, widrigenfalls sie wegen Kontraktbruchs aus der Liste gestrichen würden. Auch die Anwendung dieses Droh- und Druckmittels deutet darauf hin, daß der Streik gefährlicher ist, als man es von offiziöser französischer Seite aus nach außen hin in Erscheinung treten lassen möchte. Ob die Drohung Erfolg haben wird, muß abgewartet werden. Nach einer Meldung aus Paris wurde ein Führer der Eisenbahner namens Strolle am Dienstag verhaftet.

Die Metallarbeiter des Seinebezirks haben sich den Streikforderungen der CGT angeschlossen. Diese verlangen bekanntlich unter anderm Verstaatlichung der Eisenbahnen und Umgestaltung der Hafenbetriebe.

Der Streik der Hafenarbeiter nimmt allmählich einen größeren Umfang an. In den drei wichtigsten Häfen, Marseille, Bordeaux und Le Havre, ist der Streik allgemein, aber auch in den kleineren Häfen wird durch fast alle Arbeiter gestreikt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In Marseille, Rouen und Moulins kam es anläßlich der Verhaftung von Streikführern zu schweren Unruhen, wobei es über hundert Verwundete gab.

In den Bergwerksbezirken ist die Lage im allgemeinen unverändert. Im Rhonebecken hat sie sich verschärft. Nach einer Meldung aus St. Etienne ist der Streik im Loirebecken allgemein. Wie aus Lille gemeldet wird, haben die Delegierten der Grubenarbeiter des Beckens von Anzin den Beginn des Generalstreiks der Grubenarbeiter dieses Beckens auf Donnerstag festgesetzt.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200506/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

werden. [illegible], daß wir uns einschläfern ließen, uns auf Lorbeeren [illegible] zu sehr verliegen. Verrat, der uns in den Rücken fiel, war unser Lohn.

Bevor ich auf diese jüngsten Ereignisse eingehe, ist es notwendig, sich noch einmal [illegible] zu erinnern, was [illegible]. Die Januarwahlen von 1919, die trotz der Drohungen der Kommunisten, sie gewaltsam zu verhindern, ungestört vor sich gingen, brachten unserer Partei zwar einen gewaltigen Erfolg, aber nicht den ganzen Sieg. Die Sozialdemokratie blieb in der Nationalversammlung eine Minderheit. Sie blieb es auch dann, wenn sie mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machte, was aber nach den vorangegangenen Ereignissen eine Unmöglichkeit war. Immerhin wäre der Sozialismus in der Nationalversammlung stärker gewesen, wenn seine beiden Richtungen mit vereinter [illegible] eingetreten wären. Solche glücklichen Momente hat die Nationalversammlung jedoch nicht erlebt. Die Sozialdemokratie stand jetzt an einem Scheideweg: hielt sie sich von der Regierungsbildung fern, so spielte sie damit die Macht der Reaktion in die Hände und lieferte die junge Republik ihren erbitterten Feinden aus. Wollte sie das nicht tun — und sie durfte es nicht —, dann blieb ihr gar nichts anderes übrig, als eine zeitweilige Verbindung mit denjenigen bürgerlichen Parteien einzugehen, die sich bereit erklärten, bei dem Aufbau der Republik und [illegible] einer Politik des sozialen Fortschritts behilflich zu sein. Ich bin

kein Lobredner der Koalition,

ich sehe vielmehr die Aufgabe der Wähler bei den kommenden Wahlen darin, durch ihre Entscheidung jede Koalition überflüssig zu machen. Aber soviel muß ich doch sagen: der Augenblick, in dem das Ergebnis der Januarwahlen vorlag, war einigermaßen ängstlich. Deutschland war seit zwei Monaten Republik, die Partei aber, die [illegible] republikanisch gesinnt war, war in der Minderheit [illegible] der größere Teil der Nationalversammlung wurde von Leuten belegt, die heute noch Monarchisten sind oder es [illegible] waren. Durch die Koalition wurde es möglich, die bürgerlichen Parteien auf den Boden der Republik herüberzuziehen und eine [illegible] gewaltige republikanische Mehrheit in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die deutsche Republik hat jetzt ihre schlimmste Gefahrenzeit überwunden, aber sie konnte es nicht ohne die Koalition. Das aber, was wir grundsätzlich wollen und was wir mit allen Mitteln der Verfassung erstreben, das ist natürlich nicht eine Koalitionsregierung, sondern

eine rein sozialistische Regierung.

Aber da möchte ich gleich sagen: **Auch die sozialistische Regierung ist kein unfehlbarer Papst, und sie ist kein Weihnachtsmann**, [illegible] mitbringt. Wir sagen: nur durch [illegible] eigene [illegible] Arbeit, nur durch Ueberwindung [illegible] Schwierigkeiten und eigener Irrtümer kann die Arbeiterschaft zu ihrem Ziele gelangen. Aber wir sagen nicht: **du brauchst nur deinen Stimmzettel hier abzugeben und dann hast du das Paradies!**

Nein, mit der sozialistischen Regierung ist ein Anfang des Weges gefunden, aber nicht das Ende, wird eine Arbeit begonnen, aber noch nicht vollendet, deren bester Teil von den Massen selbst geleistet werden muß. Die rein sozialistische Regierung kann nicht mit einem Schlage eine rein sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen. Was kann sie tun?

Sie kann einen wichtigen Teil der **Produktionsmittel in allgemeinen Besitz überführen, sie kann die Kapitalmacht unter die Kontrolle der Staatsmacht stellen, allmählich Plan und Ordnung in die Wirtschaftsbetriebe bringen und auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik die Interessen der breiten Massen wahrnehmen.**

Es ist auch nicht unsere Art, uns hinzustellen und zu sagen: „Seht, das sind unsere Werke, es ist uns alles herrlich gelungen!" Nein, Genossinnen und Genossen, das ist es nicht! **Was wir leisten konnten, bleibt hinter unseren eigenen Hoffnungen weit zurück.** Ich möchte aber die Regierung sehen, die ein vom Krieg völlig ruiniertes Land übernimmt mit einer Bevölkerung, von der ein guter Teil aus Jammer und Not schier den Verstand verloren hat, und die dann ihre Sache so macht, daß alle mit ihr zufrieden sind! Mit diesen Einschränkungen kann ich sagen, daß es der Sozialdemokratie durch die Politik, die sie verfolgt hat, doch gelungen ist, ganz Beträchtliches zu erreichen.

Ohne die Sozialdemokratie **keine Republik, ohne sie kein gleiches Männer- und Frauenrecht, ohne sie kein Achtstundentag, ohne sie auch kein Anfang eines Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter im Produktionsprozeß durch die Betriebsräte, ohne sie auch kein Anfang zu einer sozial gerechten Steuergesetzgebung.**

Wir haben heute die Genugtuung, zu sehen, wie immer weitere Kreise sich aus ihrer früheren Verirrung auf die guten Grundsätze der Sozialdemokratie zurückbesinnen. Die Zahl derer, die meinen, man könne durch Putsch und Diktatur in ein paar Tagen erringen, was nur durch einen [illegible] Kampf um die Geister in der Demokratie [illegible] gewonnen werden kann, ist im Abnehmen. Das liegt ja nun in der Natur der Sache. Denn jene, im Grunde genommen militaristische, auf die Gewalt schwörende Auffassung der sozialen Frage, wie sie von den Kommunisten und einem Teil der Unabhängigen vertreten wird, ist weiter nichts als eine geistige Kriegskrankheit, die verschwinden muß in dem Maße, in dem die Geister sich zu dem Gedanken des Friedens zurückgewöhnen. Damit ist auch unsere Stellung zum politischen Rätesystem gegeben. Wir wollen nicht, daß die Ausübung des gleichen politischen Rechts die Zusammenfassung der Wähler nach örtlichen Verbänden für alle Zeit [illegible] letzter Schluß [illegible] müßte. Solange man uns aber nicht einen [illegible] Weg zeigt, alle Volksgenossen nach Betrieben oder Berufsgruppen mit [illegible] gleichem Recht abstimmen zu lassen und [illegible] die volle Freiheit der Abstimmung und die einwandfreie Ermittlung der Wahlergebnisse zu sichern, solange

das politische Rätesystem

nur als eine Art von Zaubermittel gedacht ist, um einer Minderheit die Macht über die Mehrheit zu verschaffen, so lange kann unsere Stellung zu einem solchen Rätesystem keine andere sein als die der grundsätzlichen Ablehnung.

Anders steht es jedoch mit den Räten als einem Mittel, durch das das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht der im Produktionsprozeß Tätigen verwirklicht werden soll. Denn als Sozialisten treten wir für die **Aufhebung der Klassenunterschiede** ein. Ein Zustand, in dem sich die Unternehmer und **Betriebsleiter** aus einer herrschenden Klasse rekrutieren, die **Masse der ausführenden** Hände aber von einer sozial beherrschten Klasse gestellt wird, bleibt weit von unserem Ideal entfernt. Wir wollen Kopf- und Handarbeiter zu einer organischen Einheit verbinden und alle [illegible] Kräfte als denkende Menschen für das Ergebnis der Produktion interessieren, die letzten Endes zu Zwecken des Allgemeinwohls bestimmt ist. Einen Weg zu diesem Ziel sehen wir in dem

wirtschaftlichen Rätewesen,

in den Betriebsräten, die sich in dem Maße, in dem sich die Arbeiterschaft mit ihrer neuen Aufgabe vertraut macht, zu immer wichtigeren Organen des Wirtschaftslebens entwickeln werden.

Daß das Rätesystem nicht zu einem neuen Kampf aller gegen alle führen, der nicht minder [illegible] wäre als die kapitalistische [illegible], dafür [illegible] alle Kräfte zusammenzufassen und im Bewußtsein ihrer Einheit zu bürgen durch die Demokratie.

Ich habe schon gesagt, daß die **Ablehnung der Koalition im vorigen Jahre einfach die Auslieferung der jungen Republik an ihre Feinde, die Preisgabe aller Arbeiterinteressen bedeutet hätte.**

Welche Garantie haben wir dafür, daß diese Situation nicht wiederkehrt?

Ein gutes Beispiel dafür, um wieviel härter die Verhältnisse sind als die härtesten Köpfe, geben Ihnen die Vorgänge links von uns. Die Kommunisten wollten im Januar 1919 die Wahlen mit Gewalt verhindern, sie lehnten jede andere Art der Beteiligung an ihnen als etwa mit Maschinengewehren und Handgranaten grundsätzlich ab. Im Juni dieses Jahres aber werden sie sich mit dem Stimmzettel an ihnen beteiligen — sie haben ihr Gelübde gebrochen unter dem Zwang der Verhältnisse. Oder die Unabhängigen! Die Unabhängigen haben vor dem 9. November an uns kein gutes Haar gelassen. Am 10. November vereinigten sie sich mit uns zu einer gemeinsamen Regierung. Die Folge war, daß der rechte Flügel vom linken mit brutaler Gewalt bekannt wurde und nach einigen Wochen **aus der Regierung wieder aus**scheiden mußte. Ein Jahr lang herrschte dann wieder zwischen den beiden Parteien der wütende Streit, jedes Zusammengehen schien eine Unmöglichkeit — bis ein neuer Stoß der Entwicklung die beiden ganz einfach packte und — ich habe keinen andern Ausdruck dafür — zusammenschmiß. Ob die Unabhängigen wollten oder nicht, sie mußten mit uns und gemeinsam die von ihnen so verachtete

Republik gegen die Kapp-Lüttwitz verteidigen.

Und jetzt taucht auf einmal bei ihnen in ganz offizieller Form der Gedanke auf, nicht nur mit uns, den geschmähten Rechtssozialisten, eine gemeinsame sozialistische Regierung zu bilden, sondern — hören Sie und staunen Sie — man ging sogar einen Schritt weiter und war bereit, in eine sogenannte Arbeiterregierung einzutreten, die aus Sozialdemokraten beider Richtungen und Arbeitervertretern aus den bürgerlichen Parteien gebildet werden sollte. Ich frage Sie nun, Genossen und Genossinnen, ist eine solche sogen. reine Arbeiterregierung etwa nicht auch eine Koalitionsregierung?

Es gibt ein Mittel, die Notwendigkeit von Koalitionen aufzuheben, nämlich so stark zu werden, daß man sie nicht mehr braucht. Die bisherige Koalitionspolitik wäre uns leichter zu verteidigen, wäre sie nicht belastet durch die sogenannte

Noske-Politik.

Genossinnen und Genossen, ich halte es für eine Ehrenpflicht, hier zu erklären, daß ich den Genossen Noske auch heute noch als Parteigenossen schätze, daß ich seiner Persönlichkeit und seinen ehrlichen Absichten alle Achtung zolle, die sie verdienen. Ich möchte hier so laut wie möglich sagen: Diejenigen, ganz links, außerhalb unserer Partei, die Noske am heftigsten schmähen, haben am wenigsten Recht dazu, denn sie haben ihn dazu gemacht, was er geworden ist. Sie haben ihn zu seinen Fehlern geradezu gezwungen. Daß aber Noske sich durch das Geschrei, die Drohungen, die gewaltsamen Angriffe von links blind machen ließ für die Gefahren von rechts, das war sein Fehler und sein Verhängnis. In dieser Beziehung hat Noske schwer geirrt. Die moralische Entrüstung muß sich aber gegen diejenigen wenden, die ihn, den allzu Vertrauensseligen, verraten und im Stich gelassen haben. Es ist eine Infamie, jene Nacht des Verrats mit dem 9. November in irgendeinen Vergleich zu stellen. Am 9. November entledigte sich ein in die letzte Verzweiflung hineingehetztes Volk der ihm aufgezwungenen Ketten, gab es einen Widerstand auf, der schon Wochen zuvor von den Spitzen der Obersten Heeresleitung als aussichtslos erkannt worden war.

Wie kann man diese gewaltige Volkstragödie in irgendeinen Vergleich stellen mit jener schmutzigen Hanswurstiade der Kapp und Genossen!

Die Offiziere, die jetzt ihren Eid brachen, hatten ihn kurz zuvor, ohne Zwang, aus freiem Willen abgelegt, zum Teil schon damals in der Absicht, ihn bei der ersten günstigen Gelegenheit zu brechen. Für sie kennzeichnend bleibt der Ausspruch des Obersten v. Lebebour in Hamburg:

„Ich bin bereit, zwischen 8 und 9 Uhr jeden Eid zu brechen, den ich zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe."

Menschen, die so dachten und handelten, bleiben für alle Zeit gerichtet, für alle Zeiten gerichtet bleiben die Politiker, die sich aus ihrem schmutzigen Verrat Vorteil zu sichern gedachten. Sie wissen, es waren Herren von der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei.

Trotz alledem, Genossinnen und Genossen, bleiben in unserer Erinnerung die Tage vom 13. bis 18. März Tage der Erhebung, denn die Schande der wenigen ist wettgemacht worden durch den Ruhm der vielen. Es gibt kein Wort, tönend genug, um die Schwungkraft, die Hingabe, die Opferfreudigkeit zu feiern, mit der sich die namenlosen Massen dem Verbrechen entgegenstemmten.

Vorwärts aber stand unsre Partei, und geläutert ist sie aus den Flammen jenes Kampfes hervorgegangen.

Nichts hat sich geändert an unsern Grundsätzen und unsern Zielen. Aber wo etwas schlapp geworden war, da hat es sich wieder gestrafft, wo die Kampfeslust in inneren Reibungen der Arbeiterbewegung zermürbt war, da hat sie sich wieder gestählt.

Wer er verlernt hatte, der hat es wieder gelernt, begeistert zu sein.

So gehen wir jetzt in den neuen Kampf. **Wir wissen, daß er** schwer sein wird. Unsre Gegner von rechts ersetzen den Mangel an Argumenten durch einen ungeheuren Aufwand an Material — sie haben es ja dazu! In den Massen herrscht eine nur zu begreifliche Unzufriedenheit, und es ist für den gerissenen Demagogen kein Kunststück, für das, was schlecht ist, diejenigen verantwortlich zu machen, die sich an verantwortlicher Stelle nach besten Kräften darum bemühen, daß es nicht noch schlechter wird. Zu alledem kommt das Wirken des

französischen Militarismus,

der durch die vertrags- und völkerbundswidrigen Besetzungen des Maingaues und seine sonstigen Taten geradezu als unbezahlter Agitator aller reaktionären Strömungen in Deutschland wirkt. Die Herren von der Entente haben ja früher immer gesagt, sie wollten nichts, als das deutsche Volk befreien, aber sie haben diese Arbeit nicht nur uns überlassen, sondern sie uns auch mit jedem Tage schwerer gemacht.

Aber sie haben uns damit nur die Erkenntnis eingehämmert, daß unser Volk mit den andern zusammen erst dann ganz frei werden kann, wenn sich alle von ihren Feinden befreien, alle gegen die Mächte der Vergangenheit, Kapitalismus und Imperialismus, in einem gemeinsamen Kampf eintreten. Für diesen Kampf wollen wir deutschen Sozialdemokraten in den kommenden Wahlen für unser Teil das Beste tun.

Damit streben wir aber auch dem Ziel entgegen, das wir nie aus den Augen verloren haben, der Einigung aller schaffenden Kräfte des Volkes und der ganzen Welt zu einer großen kämpfenden und aufbauenden Gemeinschaft. Wenn Sie, Genossinnen und Genossen, ins Land hinausgehen, dann rufen Sie es allen werktätigen Volksgenossen, Arbeitern, Angestellten und Beamten zu, daß wir die Träger dieses großen Einheitsgedankens sind. Fort mit allem Hader und aller Selbstzerfleischung! Ein Ziel, ein Weg, ein Wille, und so — vorwärts!

Auf in den Kampf!
Es lebe die Einigkeit der Arbeit!
Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Die Diskussion

Die Redezeit wird auf 15 Minuten festgesetzt.

Erster Diskussionsredner ist

Noske:

Die Sozialdemokratie hat unter den schwierigsten Verhältnissen Bedeutendes geleistet. Das wird oft außer acht gelassen. Wir rücken die negative Kritik stets in den Vordergrund. Die Regierung hat sich in den letzten Tagen doch entschließen müssen, eine Anzahl Truppen neben der Sicherheitspolizei in den noch unbesetzten Teil des Industriegebiets einrücken zu lassen. Die Maßnahme ist auch von den sechs sozialdemokratischen Ministern mitbeschlossen worden. Wie wird nun diese Maßnahme der Regierung beantwortet? Sozialdemokratische Partei und Unabhängige am Niederrhein sprechen von Maßnahmen der Reaktion und wollen nur im Augenblick vom Generalstreik Abstand nehmen. (Hört, hört!) So wird also von einer offiziellen Stelle unsrer Partei eine Maßnahme der Regierung, in der wir die Hälfte haben, beantwortet. Das ist doch ein unmöglicher Zustand. (Zustimmung.) Richtig ist, was Scheidemann gesagt hat, daß ohne Putschtaktik von links die Putschtaktik von rechts nicht möglich gewesen wäre. Darauf müssen wir diesen Wahlkampf wieder einstellen. **Nur der Taktik der Berliner Unabhängigen und Kommunisten, der Radikalen in Bremen und München ist es zuzuschreiben, daß wir eine Truppe aufstellen und zur Waffenanwendung greifen mußten.**

Ich war mir auch von Anfang an darüber klar, daß von reaktionärer Seite der Versuch gemacht werden würde, die Dinge zu ändern, und ich glaube nicht, daß alle diese Versuche schon überwunden sind. Ich behaupte nur, daß die Leute auf der Rechten niemals so üppig geworden wären, wenn die Arbeiterklasse ihr nicht **das entsetzliche Schauspiel der Selbstzerfleischung geboten hätte.** (Sehr richtig!) Die Vorwürfe, die wie ein Hagelwetter auf [illegible] niederprasseln, sind nicht berechtigt. (Zurufe: Doch!) Die Reichswehr ist gesäubert und verringert worden, soweit es ging. [illegible] habe mich der Gefahr von rechts auch **niemals verschlossen.** Die **Marinebrigade Ehrhardt läßt sich nicht auflösen**, man kann [illegible] und schreien, soviel man will. Das ist natürlich ein schrecklicher Zustand. (Sehr richtig!) Das ist eine Blamage, aber wie [illegible] zwingen, daß diese 4000 Mann sich nicht reinweg auflösen lassen. Es ist auch eine Blamage, daß ein Mann wie Ehrhardt, der längst [illegible] hätte

an die Wand

gestellt werden müssen (Sehr richtig!), nach Wilhelmshaven gehen und dort seine Familie besuchen kann, obwohl ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. (Hört, hört!) **Unsre Macht ist eben nicht stark genug.** Aus der Reichswehr ist ausgeräumt worden, was ausgeräumt werden konnte. (Zuruf: **Die Sozialdemokraten wurden ausgeräumt!**) Reden Sie doch nicht solches Zeug. Das Kunststück, ein republikanisches Offizierskorps zu bilden, **mußte scheitern** am Mangel an dem erforderlichen Menschenmaterial. Wo sollte [illegible] denn das andere Menschenmaterial hernehmen? Jetzt [illegible] man mir niemals gelassen, denn ein **unabhängiger Radau** [illegible] **jeden kommunistischen Spektakel** ab.

Jetzt begeistert man sich ja wieder für eine republikanische [illegible] und revolutionäre Arbeitertruppe. Wo wir sie hatten, [illegible] nichts, sie debattierte und war niemals zu haben, wenn Gefahr im Verzuge war. Als es zum Klappen kam, da wäre es doch [illegible] Voraussetzung für die Demokratisierung unsres gesamten [illegible]lichen Lebens gewesen, daß unsre Leute nun selber in [illegible] Manneszucht und mit straffer Disziplin die Errungenschaften der Revolution mit der Waffe in der Hand verteidigt hätten. [illegible] haben sie aber meistens nicht getan, sie sind einfach weggeblieben, und die Folge war, daß Reaktionäre diesen Schutz übernehmen mußten.

Wären unsre Leute auf dem Posten gewesen,

wir hätten uns der reaktionären Offiziere nicht in so großem Umfange bedienen brauchen. Stampfer macht mir zum Vorwurf, daß ich nicht rechtzeitig verstanden habe, die Truppe mit republikanischem Geist zu erfüllen. Dabei hat im März 1919 die Kreisgeneralversammlung von Teltow-Beeskow beschlossen, daß der Vorwärts **keine Anzeigen der Freiwilligentruppen mehr aufnehmen dürfe**, und die Preßkommission des Vorwärts hat das bestätigt.

Die Genossen mögen gefälligst an ihre eigenen Dummheiten, Fehler und Unterlassungssünden denken und mich nicht zum Prügelknaben ihrer politischen Einsichtslosigkeit hinstellen. (Sehr richtig! und Unruhe.) Jetzt ist

die Reform des Heerwesens

natürlich viel schwerer als früher. Denn welcher republikanische Arbeiter wird sich, was nach dem Friedensvertrag vorgeschrieben ist, für 12 Jahre verpflichten, den Schießprügel zu tragen? Wie [illegible] ich da aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, wenn man im Stich gelassen wird von der Parteipresse und einem großen Teil der Parteigenossen. Hinterher zu schimpfen ist furchtbar leicht.

Der Wahlkampf muß sachlich geführt werden, auch nach links hin. Aber machen Sie unsern Leuten nicht den Kopf [illegible] durch die **Vorspiegelung der Möglichkeit einer Einigung mit den Unabhängigen.** Das ist zur Zeit vollkommen ausgeschlossen, so beklagenswert es ist. Und wie treiben die Unabhängigen den Wahlkampf? Ledebour spricht davon, daß die Wege zum Sozialismus **mannigfach sind.** In der darauffolgenden Diskussion — ich las [illegible] dem Bericht der Freiheit — wird von einem Kommunisten dafür eingetreten, daß die Aktionen des Banditenführers Hölz nachahmenswert seien, und dagegen sagt Ledebour in seinem Schlußwort, daß zwischen der U. S. P. und der K. P. D. eigentlich kein **prinzipieller Unterschied besteht.** (Heiterkeit und Hört, hört!) Wir müssen im Wahlkampf den Mut haben, zu sagen, daß es unmöglich ist, **in wenigen Monaten aus einem Trümmerfeld ein Paradies zu schaffen**, und daß jeder ein Hanswurst ist oder ein Narr, der dies verspricht. Unser Volk und unsre Wirtschaft liegen danieder durch die Schuld solcher Narren. Was wir geschaffen haben während des letzten Jahres, kann sich als anständige Arbeit durchaus sehen lassen. Es ist auch nicht wahr, daß wir unsre Grundsätze verleugnet haben und aufgehört hätten, Sozialisten zu sein. Wir haben uns bemüht, das durchzusetzen, wofür wir jahrzehntelang mit allen Kräften gearbeitet haben. Mit unsrer Politik können wir nicht nur bestehen **vor den Wählen, sondern in allen Ehren auch vor der** Geschichte. (Beifall.)

Darauf beantragt Genosse **Braun, Franken**, die Rede Noskes **von dem Hauptpunkt der Beratung zu trennen und eigens** zur Debatte zu stellen.

Der Antrag wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Eggerstedt, Kiel: Unerhört ist, daß Noske den Arbeitern vorwirft, sie hätten nicht genügend gearbeitet. Es wäre besser, wenn solche Dinge nicht gesagt worden wären. Noske meint, wir hätten den Mut haben, seine Politik zu verantworten. Aber nicht er ist es, der dies vor den Wählern und in den Versammlungen tun muß, sondern wir. Unsre günstigen Wahlaussichten in Schleswig-Holstein sind darauf zurückzuführen, daß wir die Politik Noskes nie verteidigt haben. Seine Reichswehrinserate sind in unsrer Presse deshalb nicht aufgenommen worden, weil sie gar keinen Sinn gehabt hätten, denn wir in der Marine haben es in unzähligen Fällen erlebt, daß jeder republikanisch Gesinnte herausgeworfen wurde.

Grawitz, Breslau: Noske hat die reaktionären Offiziere mit großem Einfluß ausgestattet, **während er z. B. unsre** Breslauer Truppe in ein Lager fortschaffte. **Ganz ähnlich hat Heine** verhindert, daß die reaktionären Landräte entlassen wurden.

Breithorst, Brieg: Wenn Noske heute seine Meinung aufrecht erhält, wo ihm die Ereignisse doch wirklich unrecht gegeben haben, so ist mir das unverständlich. Noske hat bei der Aufstellung der Reichswehr einige Fehler gemacht.

Löbe, Breslau: Ich habe stets sachlich gegen Noskes [illegible] Stellung genommen und halte sie für verhängnisvoll, nicht nur für die Partei, sondern auch für den Bestand der Republik. Noskes [illegible] sind nicht Gemeingut der sozialdemokratischen Partei als solcher. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Es ist alles versäumt worden, der Republik ein treues Heer zu schaffen. Der alte Militarismus ist nicht ausgerottet worden. Kein deutscher Arbeiter [illegible] heute, daß das heutige Heer der Schutz der Republik sei — wir müssen es bekennen: wir haben uns einen **Fremdkörper** im eigenen Fleisch gezüchtet. Gewiß ist es richtig, daß die Putschpolitik der linksstehenden Arbeiterschaft uns gezwungen hat, ein Heer gegen Putschversuche von links zu schaffen, das dann naturgemäß eine Rechtsorientierung einnehmen mußte. Aber diese Rechtsorientierung ging so weit nach rechts, daß heute fast nur mehr von ihr die Gefahr droht. Die Oberführer der Reichswehr waren zu 70 Proz. Offiziere, die übrigen Offiziere zu 90 Proz. monarchistisch. Die Soldaten junge Landleute, die Wachs in der Hand der Offiziere. (Sehr richtig!) Ich habe selbst Hunderte von Beschwerden über Entlassungen oder Maßregelungen republikanischer Reichswehrangehöriger eingereicht, aber die Untersuchungsorgane waren ja dann die monarchistischen Offiziere, die die Republikaner aus dem Heer heraushaben wollten. (Sehr wahr! — Zuruf: Auch heute!) Auch nach dem Kapp-Putsch hat sich nichts daran geändert. Erst jüngst wurden wieder zwei mir bekannte ganz oder teilweise aus Sozialdemokraten bestehende Formationen aufgelöst — die [illegible] der Reaktion aber bleiben. (Hört! Hört!) Ein mir bekanntes reaktionäres Freikorps hat z. B. nur eine Namensänderung vorgenommen und ist dann offiziell in die Reichswehr übergeführt worden. Es wird unsre Hauptaufgabe sein, im neuen Reichstage diese Rechtsorientierung der Wehrmacht zurückzudrehen. Wir müssen [illegible], daß wir Fehler gemacht haben, und müssen unsern Wählern versprechen, daß endlich eine bis zu Seeckt hinauf zuverlässige [illegible] geschaffen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Noskedebatte wird angenommen.

Die folgenden Reden wenden sich wieder der Tagesordnung zu.

Kaul, Offenbach: Gewiß droht auch von rechts Gefahr, es ist ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nicht auch die von links sehen. Wir werden wohl noch linke Stimmen verlieren, weil eine große Zahl Arbeiter immer noch an eine Einigung [illegible], die heute unmöglich ist. Im Radikalismus können wir [illegible] Unabhängigen nicht konkurrieren. Es ist viel zu viel von [illegible] Einigung gesprochen worden, von der die andere Seite gar nichts [illegible] will. Es muß auch Klarheit nach links geschaffen werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200506/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[...]setzten Gebieten arbeiten die Unabhängigen ganz bewußt für den französischen Militarismus und geben ihm den Vorzug vor dem deutschen Militarismus. Wenn wir von dieser Politik der Unabhängigen nicht entschieden abrücken, werden wir Wähler verlieren. (Beifall.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Löbe eröffnet die Sitzung. Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission ist die Konferenz von 225 Teilnehmern beschickt. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Die Aussprache über die bevorstehenden Reichstagswahlen wird fortgesetzt.

Helene Grünberg, Nürnberg: Beim Wahlkampf wird die Frau eine große Rolle spielen. Der Wettbewerb um die Frauenstimmen wird bei allen Parteien groß sein. Auch die Nationalisten verschmähen es jetzt nicht mehr, sich um die Frauen zu bewerben. In den Versammlungen müssen wir besonders das Gefühlsleben der Frau in den Vordergrund stellen. Wir müssen auch beachten, daß das Gefühlsleben der Frau in den letzten sechs Jahren schwere Erschütterungen durchgemacht hat.

Adolf Braun, Franken: Bei der Kandidatenaufstellung wird von den Parteigenossen in den Bezirken niemals gefragt, wie der Reichstag aussehen soll. Vielfach wird die Aufstellung abhängig gemacht von Gesichtspunkten der Belohnung für Leistungen im Kreise. So wichtig es ist, die Zuverlässigkeit der Genossen zu prüfen, ebenso wichtig ist es, ob sie in dem Ehrenamt auch die schweren Aufgaben erfüllen können, ob sie die Zeit und die Möglichkeit haben, im Reichstage zu arbeiten. Eine ganze Anzahl von Abgeordneten ist fast niemals hier erschienen und sie werden ihr Mandat wiederbekommen. Die Bezirke haben sich gar nicht darum gekümmert. Manche Genossen sind in ihrem Kreise unentbehrlich. Sie kommen in einen Gewissenskonflikt, hier im Hause oder in ihrem Bezirk ihre Pflicht zu erfüllen. Vielfach erschallt jetzt der Ruf nach lauter neuen Leuten, die alten sollen auf den Müllhaufen geworfen werden. Eine politische Fraktion muß sich ständig erneuern, aber sie braucht auch alte erfahrene Mitglieder; die neuen Männer müssen erst Fuß fassen.

Wozu die Furcht vor den Unabhängigen? Was sie uns wegnehmen konnten, haben sie uns schon weggenommen. Jetzt sind sie schon in die Verteidigungsstellung gedrängt und haben Angst vor den Kommunisten. Daher können wir dem Wahlkampf mit Zuversicht entgegensehen. (Beifall.)

Sollmann, Köln: Der schlechte Besuch auch unserer Fraktion in der Nationalversammlung liegt in der Ueberbürdung einzelner Personen mit Aemtern. Wer sein parlamentarisches Mandat gewissenhaft versieht, hat gerade genug zu tun. Im Wahlkampf müssen wir den Einheitsstaat mehr in den Vordergrund stellen. (Beifall.) Wir müssen auf diesem Gebiet die Führung übernehmen. Auch ich wünsche eine sozialistische Mehrheit, aber es ist gut, die Erwartungen auf praktische Leistungen dieser sozialistischen Mehrheit nicht zu hoch zu spannen. Auch eine sozialistische Mehrheit müßte Koalitionspolitik treiben und ich weiß nicht, ob die Koalition mit den Unabhängigen und den Kommunisten nicht schwerer durchzuführen sein wird als die Koalition mit Demokraten und Zentrum. Es gibt keine Arbeiterklasse in der ganzen Welt, die einen Schandfrieden wie den von Versailles mit solcher Gelassenheit hingenommen hätte wie die deutsche Arbeiterschaft. (Zustimmung.) Wir müssen auch nach links scharf kämpfen. Viele unserer Mitglieder beschäftigen sich damit, unsere Genossen in der Regierung herunterzureißen. Unsere Aufgabe ist es, deren Politik zu verteidigen, und das können wir nur durch Kampf auch gegen links. Freilich Reden wie die heutige Rede Noskes dürfen bei der Wahl nicht gehalten werden. Unter der Parole: Für Noske! können wir nicht kämpfen. Wer in den Wahlkampf zieht, muß an den Erfolg glauben. Wir allein haben die Errungenschaften der Revolution gesichert, der 6. Juni wird uns recht geben. (Beifall.)

Vors. Löbe: Da ein Teil der Bezirke die Kandidaten für den Reichstag noch nicht aufgestellt hat, ist auch die Aufstellung der Reichsliste heute noch nicht möglich. Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen daher vor, die Reichsliste von einer Kommission aufstellen zu lassen, die aus sieben Mitgliedern der Konferenz und zwei Mitgliedern des Parteivorstandes besteht.

Gröbsch, Dresden:

Auch ich bin gegen alle Schwarzseherei. Aber die schönsten Reden können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß vieles versäumt worden ist. Die Kernfragen des Sozialismus sind bei unserer Agitation viel zu kurz gekommen. Gewiß müssen wir nach links kämpfen, aber erst recht gegen rechts. Das ist nicht immer mit der nötigen Schärfe geschehen. (Widerspruch.) Vor allem haben wir uns mit wirtschaftlichen Problemen viel zu wenig beschäftigt. Uns fehlt ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft? Wie stellt eigentlich die Partei zu diesen Fragen? Wo sind die Anfänge einer Planwirtschaft? Unsere Genossen wollen doch wenigstens den guten Willen dazu sehen. Das wirtschaftliche Durcheinander dieser Tage ist kaum zu überbieten. Wir müssen die Vorarbeiten für die Errichtung einer methodischen Planwirtschaft leisten, bisher haben wir uns mit platonischen Bekenntnissen begnügt. Es kommt nicht darauf an, diesen oder jenen Großbetrieb zu sozialisieren, wir müssen vielmehr auf allen Gebieten eine neue Wirtschaftsform zielbewußt und methodisch vorbereiten. Die Planwirtschaft ist ein Wirtschaftssystem, das auch auf den empfindlichen Wirtschaftszustand anwendbar ist und das dem heutigen Durcheinander ein Ende setzt. Wo ist die Beschäftigung der Partei mit diesen Fragen? Wir müssen erleben, daß sich bürgerliche Politiker in der Vossischen Zeitung und in der Frankfurter Zeitung mehr mit diesen Problemen beschäftigen als wir. Die Reichskonferenz müßte eine Kundgebung an die Partei ergehen lassen aus der die Genossen unsern festen Willen entnehmen, der Wirtschaftsanarchie ein Ende zu setzen. Wir müssen den Wahlkampf nach großen grundsätzlichen Gesichtspunkten führen. Wir sind nicht nur eine Partei der Gegenwart, sondern unsere Ziele gehen über den Tag hinaus. Die Massen sind nur zu gewinnen, wenn sie das Gefühl bekommen, daß wir unsern Kampf einstellen auf die ganz großen Menschheitsziele. (Beifall.)

Enz, Barmen: Scheidemanns Rede hat enttäuscht. Wo war der Ruck nach links. (Unruhe.) Scheidemann hat die Politik unserer Regierungsmitglieder verteidigt, statt nun endlich einen Strich durch die Vergangenheit zu machen. Auch seine Rede hat darüber nicht hinweggetäuscht, daß bei der bisherigen Politik für die Arbeiterklasse doch recht wenig herausgekommen ist. (Widerspruch und Lachen.) Was ist übriggeblieben von dem großen Tamtam in der Frage der Sozialisierung? Nichts als die paar Plakate an den Straßenecken. (Unruhe und Zurufe: Was hätten Sie denn erreicht?) Unsere Genossen in der Regierung sind nicht mit der nötigen Energie aufgetreten. (Widerspruch.) Der Noskes Fehler werden jetzt wiederholt und daher droht auch wieder ein neuer Kapp-Putsch. Wir am Niederrhein haben uns mit Vorbedacht gegen das Vorrücken der Reichswehr gewandt. Wir würden bei den Wahlen nicht bestehen, wenn wir die Militärdiktatur am Rhein zulassen würden. Wer kommandiert denn die Truppen? Die Regierung Kapp wäre nicht so schnell gestürzt worden, wenn wir im Industriegebiet die Militärkamarilla nicht so tüchtig zusammengehauen hätten. Die Regierung hat keine Macht mehr über die Militärkamarilla. (Widerspruch.) Wir müssen einen scharfen Ruck nach links tun und erklären, daß in Zukunft die Koalitionspolitik nur dann noch möglich ist, wenn die bürgerlichen Parteien im Interesse der Arbeiter größere Opfer bringen.

Ferner, Hamburg: Noske hat von einem Kladderadatsch der Volkswehr in Hamburg gesprochen, davon kann gar keine Rede sein, wie die Affäre Lauffenberg beweist. Auch im April 1919 hat sich die Volkswehr sehr bewährt und hat nur einmal versagt im Juni und zwar deshalb, weil alle Mannschaften durch [illegible] des Reichswehrministers in der Entlassung waren. ([illegible]) Wenn Genosse Noske Aktenstücke veröffentlichen will, soll er auch die Ergebnisse des Hamburger Untersuchungsausschusses heranziehen. Ich habe diese Dinge angeführt, weil es im Wahlkampf darauf ankommt, den Militarismus zu bekämpfen und nicht uns mit ihm zu versöhnen. (Sehr richtig!) Ein Wort zur Parteipresse. Ich sage: Wenn wir [illegible] in den Wahlkampf gehen können, so ist das besonders der Haltung der Parteipresse zu danken, mehr als der Arbeit unserer Genossen in der Regierung und in der Nationalversammlung. Denn gerade dadurch, daß die Presse auch hier mit der Kritik nicht gespart hat, hat sie das Vertrauen der Arbeiterschaft sich erhalten. Wenn man allerdings kritisieren will, daß man mit dem Sozialismus noch nicht weitergekommen ist, so muß ich vor allen Dingen sagen, das Wort „Sozialismus" ist ein Schlagwort geworden. Man muß doch auch einmal daran denken, daß vor dem Kriege kaum ein Wort darüber gesprochen oder geschrieben wurde und es wäre besser gewesen, wenn man während und nach der Revolution davon den Mund nicht so voll genommen hätte, denn man kann nur sehr langsam darin vorgehen. Der Kapitalismus ist durchaus noch nicht überwunden.

Wendemuth, Waldenburg: Niemand verkennt die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen unsre Genossen in der Regierung zu kämpfen haben, aber wir sind nicht mit ihnen verheiratet und müssen, wo es notwendig scheint, Kritik üben. (Sehr richtig!) Eine solche Kritik gebietet uns unser Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Partei.

Auf Antrag wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Sark, Essen: Einigen waren Scheidemanns Ausführungen nicht weit genug links gerichtet — ja, wie weit sollen wir denn noch nach links gehen? Das ist ja der Fehler, daß unsre Genossen im Lande nicht fest genug in ihren Grundsätzen sind und den Genossen in der Regierung ihre Arbeit erschwert haben. Ich will nicht nach rechts, aber auch nach links keinen Schritt machen, sondern ich stehe fest auf dem Boden des Erfurter Programms. (Beifall und Widerspruch.) Je mehr sich die Genossen im Lande der Diktatur des Proletariats nähern, desto größer wird die Konfusion im Lande. Genosse Noske hat durchaus recht, wenn er uns einen großen Teil Schuld an dem Kapp-Putsch gibt. Warum sind unsre Leute nicht in die Einwohnerwehr gegangen? Hätten die Kapp-Lüttwitz schärfer zugegriffen, dann hätten wir uns möglicherweise auf die Dauer nicht wehren können, weil wir keine Waffen gehabt haben.

Weyrand, Bremen: Uns haben die Unabhängigen ein Zusammengehen bei den Wahlen vorgeschlagen, aber wir sollten ihr Programm annehmen. Dabei wissen diese nicht einmal selbst, was sie wollen. Ohne die Revolution wäre Deutschland heute eine Kaserne. Die Errungenschaften der Revolution müssen verteidigt werden.

Schulz, Parteivorstand: Wir müssen allen Ernstes den zweiten Teil des Erfurter Programms nachprüfen, denn wir können ihn nicht aufrechterhalten, weil das meiste verwirklicht ist. (Sehr richtig!) Hoffentlich bessert sich recht bald auch die politische Valuta. Politisch können wir mit dem, was erreicht ist, durchaus zufrieden sein. Nun zu den Wahlaussichten. Viel neue Anhänger können wir nicht gewinnen. (Widerspruch.) Daß wir nach links abgeben mußten, stand von vornherein fest. Einigen Zuzug von rechts können wir jetzt erwarten. Natürlich müssen wir guten Mutes in den Wahlkampf gehen. Wir müssen fest zur Partei stehen, komme, was kommen mag. (Beifall.)

Winkelmann, Elberfeld: Unser Verhältnis zu den Unabhängigen muß sich richten nach dem Verhalten dieser Partei uns gegenüber. Wo

ein Wahlabkommen mit links

möglich ist, sollte es abgeschlossen werden. Wir erleben jetzt zum Teil skandalöse Zustände. Leute, gegen die Haftbefehle vorliegen, laufen frei in der Welt herum. Kapitän Ehrhardt läßt sich interviewen und seine Mannschaft droht, in Berlin alles kurz und klein zu schlagen, wenn ihr Führer verhaftet wird. Wenn wir den Räuberhauptmann Hölz scharf verurteilen, müssen wir uns auch mit aller Schärfe gegen diese Meuterer wenden. Daher gilt unser Kampf der Reaktion auf der Rechten und der Militärkamarilla.

Molkenbuhr: Zum Kleinmut besteht keine Veranlassung. 55 Prozent der Wähler haben gegen uns entschieden. Wenn wir unser Ziel auf dem Wege der Demokratie erreichen wollen, müssen wir doch die Mehrheit für uns gewinnen. (Zustimmung.) In welchen Regionen leben denn eigentlich die Genossen, die sagen, für die Arbeiter wäre gar nichts erreicht. Ich meine, wir sind schon auf dem besten Wege. Man kann nicht willkürlich aus einem kapitalistischen Staat in einen sozialistischen hineinspringen, sondern die Entwicklung muß ganz folgerichtig weitergehen. Man sollte mehr fragen, wie könnte man das Erreichte immer besser ausbauen?

Leuteritz, Hamburg: Der Wahlkampf wird auch unserer Meinung nach günstig verlaufen, denn keine Partei ist gefestigter als unsre. Unsre Wahltaktik der Linken gegenüber muß sein: Leben und leben lassen! Selbstverständlich ist, daß wir die Koalitionspolitik, die wir bis heute getrieben haben, auch im Wahlkampf verteidigen. Es ist falsch, wenn jetzt in vielen Bezirken alte erfahrene Parlamentarier von den Listen zum Reichstag abgesetzt werden, um frisches Blut hereinzubekommen. Zwei Punkte vermisse ich in der heutigen Debatte noch: die Zwangswirtschaft und die Steuerpolitik. Die Zwangswirtschaft ist und darf für uns nur sein eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Prinzips. Wir müssen stets erneut prüfen, ob nicht die freie Wirtschaft zum mindesten von Fall zu Fall besser ist, denn es kommt uns nur darauf an, die bestmögliche Versorgung unsres Volkes zu erreichen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Genossen Enz vertagt sich die Reichskonferenz auf morgen Donnerstag, vormittags 9 Uhr: **Fortsetzung der Aussprache.** — Schluß 6½ Uhr.

2. Tag

Eingegangen ist folgende Entschließung Nummer 1:

„Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft die Parteigenossen und -genossinnen zum Wahlkampf auf, der das Schicksal der deutschen Republik entscheidet.

Nur die Einigkeit des werktätigen Volkes der Kopf- und Handarbeiter, der Männer und Frauen, kann die freiheitliche Verfassung unsres Hauptstaates vor neuen reaktionären Anschlägen schützen und die politische Gleichberechtigung zur sozialen Gleichberechtigung erweitern. Der geeinte Wille der geistig und körperlich Schaffenden ist stark genug, sich mit den Mitteln der Demokratie siegreich durchzusetzen und die Arbeiter aus dem Joche des Kapitals zu befreien.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt diesen Wahlkampf unter der Parole der Einigkeit, in der allein die Quelle der Kraft liegt, und mit dem Ziele, am 6. Juni eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit zu erringen, die den Bestand der demokratischen Republik sichert und den Fortschritt zum Sozialismus verbürgt. Von dem Wunsche erfüllt, den Kampf nur gegen rechts führen zu müssen, ist die Partei zugleich auch bereit, ihren alten Grundsatz, wonach Sozialdemokratie und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden, nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Die Befreiung der Republik von den letzten Resten des militaristischen Geistes, die Durchdringung aller Behörden mit republikanischem Willen, die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an der Führung und Kontrolle der Produktion. Die Uebernahme der reifen Betriebe in die gemeinwirtschaftliche Verwaltung, der Ausbau eines Schulwesens, die Hebung der [illegible] kultur. Dies alles wird desto gelingen[illegible], je stärker die Sozialdemokratische Partei aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Im Kampf der Sozialdemokratie mit Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der sozialistischen Richtungen, fällt die Entscheidung über unsre Zukunft.

Die Sozialdemokratische Partei will ein Deutschland, das [illegible] an Freiheitlichkeit seiner politischen Einrichtungen von keinem Lande übertreffen läßt und das durch praktische Sozialisierung dem Wohle des arbeitenden Volkes im eigenen Lande und in der ganzen Welt dient. Wir wollen ein Deutschland, das unter voller Wahrung der Selbstverwaltung für alle seine [illegible] befreit ist. [illegible] Deutschland wird [illegible] notwendigen Kampf [illegible] mit geistigen [illegible]

Die Reichskonferenz fordert die Parteigenossen [illegible]

[illegible] im Lager der Arbeiterbewegung sind die Vorbedingungen für den Sieg der Arbeit durch den Sozialismus.

Adolf Braun, Leuteritz, Löbe, Scholich, Louise Schröder, Sollmann, Stampfer.

Die Aussprache über das Referat Scheidemann wird fortgesetzt:

Franz Krüger: Wir müssen versuchen, die Arbeiterschaft so aufzuklären, daß sie von den Schlagworten der Radikalen abkommt. Der Kampf mit den Unabhängigen muß sachlich geführt werden. Aber nicht wir sind es, die ihn bisher unvornehm und gehässig geführt haben. Behalten die Unabhängigen im Wahlkampf ihren üblichen Ton bei, dann müssen wir uns energisch wehren. Es ist nicht richtig, daß wir vermutlich nur nach links Wähler verlieren werden. Bei den letzten Wahlen haben viele Beamte, Angestellte und Handwerker sozialdemokratisch gewählt. Die bürgerlichen Parteien versuchen eifrigst, diese Leute wieder einzufangen. Wenn Genosse Enzmann meint, daß die Frage der Sozialisierung nicht weit genug vorgeschritten sei, so kann meiner Meinung nach hier von einer Unterlassungssünde nicht die Rede sein, denn eine überhastete Sozialisierung hätte den Arbeitern gar nichts gebracht. Die große Masse der Unzufriedenen ist eben unzufrieden, weil sie nicht aus dem wirtschaftlichen Elend herausgekommen ist. Nach den bisherigen Erfahrungen wäre dies auch nicht durch eine weitergehende Sozialisierung möglich gewesen. (Beifall und Widerspruch.) Das Betriebsrätegesetz kann nur von solchen angegriffen werden, die sich mit ihm zu wenig beschäftigt haben. Steht nicht die oberschlesische Arbeiterschaft in einem erbitterten Kampf, um sich gerade dieses Gesetz zu erringen? Das wäre also nicht geschehen ohne die Koalition! Wenn wir nicht in die Regierung hineingegangen wären, dann hätten wir zwar eine sehr bequeme Oppositionsstellung eingenommen, aber zusehen müssen, wie von Tag zu Tag von einer bürgerlichen Mehrheit reaktionäre Gesetze gemacht worden wären. Der Kapp-Putsch ist keineswegs durch das bewaffnete Vorgehen im Ruhrrevier niedergeschlagen worden. (Widerspruch.) Schon der bloße Generalstreik hat genügt. (Zuruf: Sogar die Minister haben es zugegeben!) Sie wollen doch nicht sagen, daß die Minister immer recht haben? (Heiterkeit.) Gerade durch unsern friedlichen Sieg haben wir die Gelüste der Unabhängigen auf die Diktatur des Proletariats usw. ferngehalten. Hätten die Genossen im Westen auch diese Haltung eingenommen, wie wir in Berlin, dann wäre uns und dem Reiche mancher schwierige Stand erspart geblieben. (Beifall und Widerspruch.) Wir müssen unsre Grundsätze auch im Wahlkampf mit aller Schärfe **auch nach links hin zum Ausdruck bringen.**

Eingegangen ist ein **Zusatzantrag zur Entschließung Nummer 1.** Im 4. Abschnitt muß nach dem Satz: . . . die Durchdringung der Behörden mit republikanischem Willen kommen: **Beseitigung der Klassenjustiz.**

Büchel, Gotha, gibt eine Darstellung der

Ereignisse in Gotha.

Auf die Nachricht vom Kapp-Putsch hin erklärte die Gothaer Garnison einmütig, auf seiten der Regierung Ebert-Bauer zu stehen. Dagegen verweigerte das Mitglied der unabhängigen Landesregierung, Grabow, eine Antwort auf unsre Frage. Daraufhin schlugen wir der Parteileitung den Generalstreik vor und beantragten eine Umbildung der Landesregierung, da die Unabhängigen nicht mehr die Mehrheit des Volkes darstellten. Auch auf diesen Vorschlag erhielten wir von Herrn Grabow keine Antwort. Am Nachmittag trafen wir bei dem Volksbeauftragten einige uns bekannte Herren, die sich in das Gespräch einmischten. Auf unsre Frage an die Regierung, in welcher Verbindung sie mit ihnen stünde, entgegnete einer der Herren: Mein Name ist Schäfer, ich bin Vertreter der K. P. D. und verhandle mit den Unabhängigen. Es kam heraus, daß die Volksbeauftragten mit dem aus Unabhängigen und Kommunisten zusammengesetzten Vollzugsrat verhandelt haben. Die Einberufung der Landesversammlung wurde uns abgeschlagen. Wir wollten mit dem Vollzugsrat verhandeln. In Gotha ist also Verfassungsbruch nicht von rechts, sondern von seiten der Unabhängigen erfolgt. Wir in Thüringen können mit diesen Hochverrätern nicht zu einer Einigung kommen.

Steinkopf, Königsberg, lenkt die Aufmerksamkeit auf die Beamtenbesoldung. Beim Kapp-Putsch haben die sozialdemokratischen Beamten die Feuerprobe bestanden. Wir werden für die Beamten bei den Wahlen noch Sonderveranstaltungen abhalten müssen. Wir müssen ihnen zeigen, welche Erfolge die Partei für die Beamten gehabt hat. Die politische Gleichberechtigung der Beamten, die Besoldungsordnung, der Achtstundentag sind teils ausschließlich, teils dem entscheidenden Einfluß unsrer Partei zu verdanken. Bei der Wahlagitation müssen die geeigneten Beamten zur Mitarbeit heran.

Rene, Emden: Die Verwaltungs- und Beamtenreform hätte viel schneller geschaltet werden können. Noske hätte ganz anders mit eisernem Besen auskehren müssen. An die Wand hätte er deshalb keinen zu stellen brauchen. (Zustimmung.)

[Reichs]kanzler **Hermann Müller:**

Bei einem Rückblick auf die vergangenen Jahre erkennen wir die Fehler, die begangen worden sind, als wir schon entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik hatten. Die Fehler sind auch uns in der Regierung nicht unbekannt geblieben, und wir Sozialdemokraten, die wir 50 Jahre lang zur Kritik erzogen worden sind, haben Kritik niemals abgelehnt. Wir besitzen auch genug Selbstkritik, um zu erkennen, daß Fehler gemacht worden sind. Man vergesse aber niemals die ungeheuer schwere Lage, in der sich die ganze Regierung seit dem 9. November 1918 befindet. (Sehr richtig!)

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland braucht Frachtschiffe

Berlin, 5. Mai. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März 1920 übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrags einschränken mußte. Für den Transport dieser Menge von Rohstoffen würden bei strikter Durchführung des Friedensvertrags 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon [illegible] anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Uebergabe an die Alliierten bestimmten [illegible] werden müsse. Deutschland schlägt hier [illegible]

1. Die [illegible] und Uebereignung der noch in deutschem Besitze befindlichen Frachtschiffe über 1600 Bruttoregistertonnen werden auf zwei Jahre hinaus verschoben. [illegible] die deutsche Regierung einen angemessenen [illegible]

2. [illegible] zwischen 1000 und 1600 Tonnen [illegible]

3. [illegible]

4. [illegible]

Bekanntmachung.

1/4 Liter Vollmilch für Kinder im 7. und 8. Lebensjahre.

1/4 Liter Vollmilch an ... bis auf weiteres die jetz... 1. Vom Sonntag den 9. Mai 1920 an ... Stadt Dresden, lautend über 1/4 Liter ... Vollmilch ... im 7. und 8. Lebensjahre mit 1/4 Liter Vollmilch ... zu beziehen.

Die ... vom 30. März 1920 wird aufgehoben.

2. Diese ... wird auf Grund der Nahrungsbekanntmachung über den Verkehr mit Vollmilch vom 18. Oktober 1917 erlassen. [b634]

Dresden, am 4. Mai 1920. **Der Rat zu Dresden.**

Pirna.

1. Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Milch- und Nährmittelkarten sowie ... der Abschnitte der Landesfettkarten ... Bezirkskartenstellen ... 2. Ausgabe ... Grundsätzen Freitag ... den ... Buchstaben A–L früh von 8–11 Uhr und ... M–Z von 11–12 ... 3. ... die für andere Marken entnehmen wollen, haben den ... bis Sonntag den 9. Mai 1920 ... 4. Die ... Kundenlisten ... in der ... bei den Kartoffelhändlern auf Kundenliste anzumelden. Die Kundenlisten sind von den Kleinhändlern bis Montag den 10. Mai 1920, mittags, in der Kartenstelle einzureichen. Für die regelmäßige Kartoffelversorgung der später eingehenden Kundenlisten kann keine Gewähr übernommen werden.

Pirna, am 5. Mai 1920. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Freitag auf zwei ... Abschnitte der Landesfettkarten für Molkereierzeugnisse ... Gramm **Quark** zum Preise von 3 M. für 500 Gramm. — Verkaufsstellen: ... E. Wende, P. Schumann, 48 und 49. Verkaufsstelle des ... Hartmann.

Pirna, am 5. Mai 1920. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Vom 1. Mai 1920 an beträgt der Gaseinheitspreis 1.10 M. und der Mindestgaspreis 1.15 M. für das Kubikmeter. [b264]

Pirna, am 30. April 1920. **Der Rat der Stadt Pirna.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Dresden.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Gustav Koch

verstorben ist.
Die Beerdigung ... Freitag nachmittag 3 Uhr auf dem ... Friedhof. [b486]

Ferner sind verstorben die Mitglieder:
Ferdinand Amler, Tischler
Paul Besch, ...
Gustav Seer, Tischler
Julius Bruckner, Tischler
Lisbeth Gobel, Holzarbeiterin
Klemens Gra..., ...
Christoph ..., ...

Ehre ihrem Andenken! **Die Verwaltung.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsre liebe, treue Gattin, Schwester und Braut

Martha Leonhardt

nach kurzem, schwerem Leiden sanft verschieden ist.

Dresden-Naußlitz, ...straße 12.

In tiefem Schmerz:
Familie **Moritz Leonhardt** und **Paul Matze.**

b2181 Die Beerdigung erfolgt Sonnabend 1/4 Uhr von der Halle des ... Friedhofes aus.

Genosse

gesucht mit einigen Tausend Mark zur Gründung ein. Unternehmens bei ... Mitarbeit. Höchst. Verdienstmöglichkeit. Gef. Offert. unt. **C. A. 5** an die Exped. d. Blatt. erbeten. [b217]

Erster Herren-Hutmacher

fleißiger, sauberer Arbeiter, für meine mit 15 ... Herrenhutmacherfabrik nach Weimar gegen hohen Lohn gesucht. Off. erbet. Wahlsmagen & Co., Weimar, Stuckerstr. 19. [b211]

Ordentl. Mann 1. sch. Stelle, sucht bis 15. Mai bess. **Schlafstelle** od. einf. möbl. Zimmer ... Nähe ... Off. u. K. L. 7 an d. Exped. d. Bl. [b2..]

Wertgeschäft ... Dr. Schmidt, Meißen ...

Rennen
zu Dresden

Sonnabend, 8. Mai
nachmittags 3 Uhr

Sonntag, 9. Mai
nachmittags 2 Uhr

Himmelfahrt, 13. Mai
nachmittags 2 Uhr

An jedem Tag **7 Rennen**, insgesamt

M. 275 000 Preise

Vorverkauf von Eintrittskarten zum I. u. II. Platz sowie von Programmen in den durch Plakate kenntlichen Geschäften. — Alles Nähere siehe Rennprogramm! [b491]

Sekretariat d. Dresdner Rennvereins

S. P. D.
Metallarbeiter!

Die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, werden zu **Montag den 10. Mai, abends 7 Uhr**, geladen in die

Bezirksversammlungen

Bezirk Johannstadt, Friedrichstadt, Altstadt: Kronprinz Rudolf, Schreibergasse 3. 3.
Bezirk Striesen: Schillerhof, Schandauer Str.
Bezirk Löbtau, Cotta, Plauen: Bürgergarten, Müllsgau.
Bezirk Pieschen, Trachenberge, Mickten, Kaditz, Rabinau: Wagle, Kötzschenbrodaer Straße, Vereinszimmer.
Bezirk Neustadt, Oppelsvorstadt: Neustädter Löwenbräu, Königsbrücker Straße.
Bezirk Mügeln, Heidenau: Gasthof Niedersedlitz, Vereinszimmer.
Bezirk Plauenscher Grund: Zum Hirsch, Potschappel, Bismarckplatz.
Bezirk Radebeul, Kötzschenbroda: Vier Jahreszeiten, Vereinszimmer.

Die Tagesordnung wird in den Lokalen bekanntgegeben. Als Ausweis dienen die Mitgliedsbücher des Metallarbeiter-Verbandes und der Sozialdemokratischen Partei.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

b479 **Der Fraktionsvorstand.**

Nigrin

Glänzt in einer Sekunde, da wieder reine Terpentinölware wie vor dem Kriege.

Friedensware ist mit Banderol versehen.

PALAST-THEATER
Licht-Spiele

Dresden-N. Alaunstrasse 28.
Nähe des Albert Platzes.

Größtes und modernstes Lichtspieltheater der Neustadt

ab **Dienstag den 4. Mai**

wochentags 5½, 7, 8½ Uhr — Sonntags 4, 5½, 7, 8½ Uhr

der **Sensations-Film**

Morel, der Meister der Kette

Das Leben eines Abenteurers in 7 Akten.

Nach dem Roman: „Glanz und Elend der Kurtisanen".

Erstaufführung in Dresden.

Erstklassige Musik.

Flora-Theater
Augsburger Str. 7
1 ...: Da 'n Windhund!
Haut- und Harnleiden
... Männer u. Fr. ... Wänig, ...straße ... (nahe ...) ... Sprechzeit 1–4 ... abends 7 ... 27jähr. Praxis
Frau tätig bei Ihnen ... [b919]

Moderne
Küchen
Schlafzimmer
äußerst preiswert
Max Jaffé Söhne
34 Marschallstrasse **34**

Tischlerei
mit 2 Hobelbänken, Werkzeug u. Vorräten ... Werkstatt noch ... vorm. 10–12 Uhr Königstraße 13, Hof.

Marx-Brevier
Herausgegeben v. Franz Diederich. Mit großer Sachkenntnis sind ... die Gedanken von Marx übersichtlich nach Gebieten gruppiert.
Preis gebunden 5.50 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.

Straßenrenner
gelbe Holzfelgen, sehr gut erhalten, z. verk. 5–... Töpfer, Tronaustr. 10.

Bettwäsche [b5..]
Leibwäsche, Handtüch. u. verschied. verk. Engling, Albrechtstr. 12.

Anzug-Stoff
billig abzugeben. Blasewitz, Stephanienstr. ... [b..]

BÜRO-MÖBEL
Pulte
Tische
Stühle
M. & R. Zocher
Ringstraße 15
am Bismarckdenkmal

Internationale Bibliothek

Band			Mark
1	H. Schulze, Dr., Entwicklungstheorie (Darwins Lehre)	Geb.	7.—
2	Kautsky, Marx' Oekonomische Lehren	"	7.—
5	Kautsky, Thomas More. 2. Aufl.	"	7.—
6	... u. ..., Die Philosophie Spinozas. 3. Auflage	"	6.—
9	Bebel, Die Frau und der Sozialismus	"	10.—
10	Lissagaray, Die Geschichte der Kommune 1871. 2. Auflage	"	12.—
11	Engels, Der Ursprung der Familie	"	7.—
12	Marx, Das Elend d. Philosophie	"	7.—
13	Kautsky, Das Erfurter Programm	"	7.—
14	Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England	"	7.—
16	Simon, Die Gesundheitspflege des Weibes	"	7.—
17	Mehring, Die Lessing-Legende. 2. Auflage	"	12.—
21	Engels, Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft	"	7.—
24	Marx, Revolution und Konterrevolution	"	7.—
26a	Bebel, Leben und Tod	"	7.—
26b	" Kleinere Aufsätze	"	7.—
26c	" Moses oder Darwin?	"	6.—
30	Marx, Zur Kritik der politisch. Oekonomie	"	7.—
33	Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien	"	7.—
35	Marx, Mehrwert. Bd. I.	"	10.—
36	" " " II. T. 1	"	9.—
37	" " " II. T. 2	"	9.—
37a	" " " III.	"	12.—
38	Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung	"	6.—
39	Hillquit, Geschichte d. Sozialismus i. d. Vereinigt. Staaten	"	7.—
40	Faintinow, Die Lage der arbeitend. Klasse in Rußland	"	6.—
41	Deutsch, L., Viermal entflohen	"	6.—
42	Maßlow, P., Agrarfrage in Rußland	"	7.—
43	Louis, Geschichte des Sozialismus in Frankreich	"	7.—
44	Bernstein, Engl. Revolution	"	10.—
45	Kautsky, Der Ursprung des Christentums	"	10.—
47	Kautsky, Vorläufer d. neueren Sozialismus. Band 1	"	7.—
48	Kautsky, Vorläufer d. neueren Sozialismus, Band 2	"	7.—
49	Buonarroti-Blos, Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit	"	7.—
50	Kautsky, Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft	"	7.—
51	Paul Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich 1789—1912	"	7.—
52	J. Salvioli, Der Kapitalismus im Altertum	"	7.—
53	M. Adler, Marxistische Probleme	"	7.—
55	Vandervelde, Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung	"	4.50
56	Max Adler, Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus	"	7.—
57	Gustav Noske, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie	"	6.—
58	A. Pannekoek, Joseph Dietzgens philosophische Lehren	"	7.—
59	Ballod, Der Zukunftsstaat	"	7.—

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.

Zigaretten
Zigarren
Kautabak
kaufe in- u. ausl. Marken stets auf Lager.
Großh. **Alfred Kraft**, Dresden-A., Schloßstraße 26 (Heimlichthaus). Telephon 12 495. [b261]

2 Federbetten
Bettfedern, Leinentisch, 2 Betten u. M. ... Nachttisch, ... Marx. ... verkauft ... preisw. Weberg. 33, I.

Kinderwagen bzw. **Klappliegewagen**, gut erhalt., zu kauf. gesucht. Off. unt. **K. K.** a. d. Exp. d. Bl. [b979]

Fahrrad-Schläuche
u. Mäntel, Herren- u. Damen-Räder, neu u. gebr., bill. zu verk. Dweststr. 18, I. Etage.

Spiralbohrer [b280]
Feilen, Schmirgelleinen, ... Thiele, Ahlerstraße 18, p. r.

Gebr. Gartenstühlchen für ... zu kaufen ges. Nach. Off. Stieflstr. 10. [b281]

Licht-spiele U.T. Licht-spiele
Waisenhausstrasse 22

Der Amönenhof
Komödie in 4 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von Gräfin Adlersfeld-Ballestrem.
In der Hauptrolle:
Mia May. [b346]

Der Klaviervirtuose
Lustspiel in 3 Akten mit
Carl Alstrup u. Lilly Jacobsson.
Wochentags: 4, 6¼ u. 8½ Uhr.
Sonntags: 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Quellen-Bücher für die Jugend
Stück 1.25 M.
Volksbuchhandlung.

Gasthof Cossebaude
Sonnabend den 8. Mai, abends 7 Uhr
Julius Beyers Viktoria-Sänger
Ganz hervorragendes Schlager-Programm.
Vorverkauf:
1.50 und 2 Mark im Konzertlokal. [1259]

Achtung!
Die Linden, Cotta
Jeden Freitag und Sonntag
Schneidige Ballmusik
ausgef. von ... organisierten Berufsmusikern (D. M.-V.) [b212]
Um gütigen Zuspruch bitten **M. Müller u. Frau.**
(Mitgl. des 6. Wahlkreises Gruppe Cotta.)

Königshof-Theater
Fernspr. 18415 Täglich 7½ Uhr: Fernspr. 18415
„Kuhschnappel"
oder: **Die Verlobung im „Stillen Frieden"**
Sächsisches Volksstück in 4 Aufzügen von Georg Müller-Heim.
Otto Taube, sächsischer Komiker, als Gast.

Ball-Anzeiger
für Freitag den 7. Mai.

Bürgergarten	Lübecker Str. 16. Straßenbahnlinien 7, 13, 22. Moderne Ballmusik.
Eldorado	Straßenbahnen 1, 8, 13, 18, 19, 21, 22. **Tanz-Eck** Freitags Anfang 6 Uhr.
Die Linden	Cotta, Birkenhainer Str. 5. Straßenbahnlinie 13. Freitags 6 Uhr.
Reichshallen	Palmstraße 18 nahe Postplatz. Tanzmarken. Täglich intimes Kabarett.
Rittersaal Rosenthal	5 Minuten vom Endstation Linie 7. Heute 1. große Walzer-Konkurrenz.
Spiegelsäle Briesnitz	Straßenbahn 19, 2. Neue Bewirtung. Weltmeister-Orchester.
Watzkes Tanzpalast	Leipziger Straße. Straßenbahn. ... Sonntags und Freitags ... Ballfeste.

In den nächsten Tagen erscheint:
Edgar Hahnewald
Der grüne Film
Ein Wanderbuch
Mit 12 Vollbildern
Umschlagzeichnung von
Franz Gaudeck.

Soeben erschien:
Teuerung und Geldentwertung
Von
Dr. Max Sachs
Preis 2.00 Mark.

Soeben erschien:
Hermann Wendel
Heinrich Heine
Ein Lebens- und Zeitbild
Preis 9.00 Mark.

Volks-buchhandlung
Wettinerplatz 10
Filialen:
Königsbrücker Straße 3
Schandauer Straße 9b
Gerokstraße 57

Soeben erschien:
Zwischen den Gefechten
Von
Philipp Scheidemann
Preis
gebund. 10.50 Mark

Soeben erschien:
Es saust das Rad
Amerikanischer Roman aus dem Arbeiterinnenleben von
Dorothy Richardson
Uebersetzt von **Werner Peter Larsen.** Gute Ausstattung und Zweifarbendruck
Preis 3.50 Mark.

Soeben erschien:
Durch die Drahtverhaue des Lebens
Aus dem Werdegang eines klassenbewußten Arbeiters
Erzählt von
Wilhelm Reimes.

Soeben erschien:
Religion, Bürgertum Arbeiterschaft
Von
Bruno Sommer
Preis 1.00 Mark.

Soeben erschien:
Fruchtbare Arbeit
eines Soldatenrats im besetzten Gebiet
Von
Franz René Wohlgemut
Geschmackvoll ausgeführt in zweifarbigem Druck
Preis 3.50 Mark.

Bezirk Radebeul, Kötzschenbroda Coswig-Kötitz.
Genossen und Genossinnen! Deckt euern Bedarf in gutem Lesestoff, Geschenkartikeln, Papier-, Schreibwaren, Zigarren u. Zigaretten ... in der **Volks-Buchhandlung Arno Fleck**
Kötzschenbroda, Moritzburger Straße ... Endstation der Straßenbahn.
Inseraten-Annahme für die Dresdner Volkszeitung.

Spülapparate
Mutterspritzen, Spülkannen, Gummiunterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Frauentropfen „Carol", Ersatzteile, sanitäre Frauenartikel.
Frau Heusinger, Am See 37

Matratzendrelle
in großen Mengen und allen Breiten ... am Lager
Sächs. Drell-Industrie, Bankstr. 11

Grundsätze des Kommunismus
Eine gemeinverständl. Darlegung v. Friedrich Engels.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung u. ihre ...

Sächsische Volkskammer

115. Sitzung

Dresden, 5. Mai 1920.

Nach Eröffnung der Sitzung, kurz nach 1 Uhr, durch den Präsidenten ergreift sofort

Ministerpräsident Buck

das Wort zu einer Ansprache, die wir bereits gestern wiedergegeben haben.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet der Antrag Barthel (U. Soz.), betreffend

die Wahlen zur Volkskammer.

Danach wird die Regierung ersucht, der Volkskammer einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die Volkskammerwahlen mit den am 6. Juni 1920 stattfindenden Reichstagswahlen zu verbinden sind.

Abg. Müller, Leipzig (U. Soz.), begründet unter Ausfällen gegen die Mehrheitssozialdemokratie und Demokraten den Antrag. Er behauptet, daß der wahre Grund zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer darin zu suchen sei, daß die unter seiner Führung betriebene Regierungspolitik im Gegensatz zu der überwiegenden Mehrheit des Volkes stand. Die Verkoppelung zwischen Sozialdemokratie und Demokratie, zwei gegensätzlichen Willensrichtungen, zu einer Regierungskoalition habe die Aktionsfähigkeit der Regierung gelähmt und den Fortschritt gehemmt. Die heutige Zusammensetzung der Volkskammer entspreche nicht mehr dem Volkswillen. Auch die Chemnitzer Volksstimme verlange baldige Klarheit und deshalb müsse auch die sozialdemokratische Fraktion unsere Anregungen stimmen. Von ihr sei ja überhaupt die Anregung ausgegangen für Zusammenlegung der Wahlen. Dieselbe Auffassung habe aber auch der demokratische Vizepräsident Dr. Mehrbel in Zeitungsartikeln vertreten. Wenn jetzt die Regierungsparteien ihren Standpunkt hätten fallen lassen, so deshalb, weil sie sich unbedingt entgegen dem Volkswillen noch länger als Machthaber aufspielen wollten. Wie denke man sich denn ein Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Landesparlament, wenn die Reichstagswahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben sollten? Aus triftigen Gründen und auch aus Zweckmäßigkeitsgründen müßten die Volkskammerwahlen baldigst vorgenommen werden.

Abg. Nitzsche (Soz.):

Es ist richtig, daß zunächst auch die Sozialdemokratische Partei es für zweckmäßig hielt, die Wahlen für den Reichstag und die Volkskammer zusammenzulegen. Dafür sprachen Gründe finanzieller Natur, auch sollte ein unnötiger Verbrauch der Kräfte vermieden werden. Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber verschoben. Damals hieß es, die Wahlen sollten im Spätsommer oder im Herbst stattfinden. Dann wäre es auch möglich gewesen, bis dahin die unbedingt notwendigen Aufgaben zu erledigen. Infolge der Festsetzung der Reichstagswahlen auf den 6. Juni ist das aber nicht möglich. Insbesondere hat die Volkskammer, die aus der Revolution hervorgegangen ist, noch die Verfassung zu verabschieden. Und diese Verfassung soll ein Ausdruck der Revolution sein. Der frühere Minister Lipinski hat seinerzeit selbst die Schaffung einer neuen Verfassung als wichtige Aufgabe der Volkskammer bezeichnet. Wenn dies bisher noch nicht geschehen ist, so liegt das nicht an uns, sondern daran, daß die Reichsverfassung erst ziemlich spät verabschiedet wurde. Wir müssen aber erst eine Verfassung haben, um ein neues Wahlrecht schaffen zu können, denn ohne ein solches können wir nicht in die Wahlen eintreten, da das jetzige Wahlrecht nur für einmalige Wahlen geschaffen wurde. Ein neues Wahlgesetz setzt aber voraus, daß eine Verfassung da sein muß, denn dort wird erst festgelegt, auf welchen Grundsätzen sich das Wahlrecht aufbauen soll. Aber auch andre Gründe haben uns zu der Ueberzeugung gebracht, daß die Zusammenlegung nicht rätlich und durchführbar ist. Die Beamtenschaft hat ein Recht auf Einlösung der ihr gegebenen Zusicherung auf Verabschiedung der Besoldungsvorlage. Auch die Fristen für die Wahlen könnten bis zum 6. Juni nicht mehr eingehalten werden. Also schon technisch ist der Gedanke einer Zusammenlegung der Wahlen auf den 6. Juni, so bestechend er an sich ist, nicht durchführbar. Auch der Unabhängige Lipinski hat als Minister die Ansicht Anfang 1919 vertreten, daß die Zusammenlegung nicht zweckmäßig wäre, obwohl damals dafür ganz triftige Gründe vorlagen und sie viel leichter durchführbar gewesen wäre. Damals genügten aber nicht sechs Wochen zu den Vorbereitungen für beide Wahlen. Heute haben wir aber nicht einmal mehr sechs Wochen bis zum 6. Juni. Was aber damals nicht möglich war, gilt heute erst recht.

Woher weiß der Abg. Müller, daß ein Gegensatz zwischen Volk und Kammer besteht? Zuverlässige Unterlagen hierfür fehlen; etwas anderes wäre es, wenn wir schon die Reichstagswahlen hinter uns hätten. So handelt es sich nur um eine Behauptung der Unabhängigen. Mit solchen Sprüchlein haben sie aber schon seit Jahren operiert. Wenn sie sich bewahrheitet hätten, müßten sie schon längst in allen Parlamenten die erdrückende Mehrheit haben und die Mehrheitssozialisten wie auch alle bürgerlichen Parteien glatt erledigt sein. (Lärm bei den Unabhängigen.) Bei den Wahlen ist es aber in der Regel ganz anders gekommen. Und wie die kommenden Wahlen ausfallen werden, das wollen wir doch erst abwarten. Nicht zu übersehen ist dabei, daß die Volksstimmung gerade in letzter Zeit sehr rasch hintereinander geschwankt hat. Auch die Unabhängigen werden schon viel von ihrem Anhang nach links abgeben müssen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit; Zwischenrufe der Unabhängigen.) Auf den Antwurf des Abg. Müller, daß die Mehrheitssozialdemokratie in gleicher Weise wie die Demokratie mit der unmöglichen Regierungspolitik belastet sei und daher bei den Wahlen Schiffbruch leiden werde, ist zu erwidern, daß infolge des Verhaltens der Unabhängigen in Sachsen nur die seitherige Koalitionspolitik möglich war. Die Desperadopolitik der Unabhängigen mag zur Agitation in einer gärrenden, wirren Zeit zugkräftig sein, für eine Regierung ist sie aber unmöglich. (Lärm bei den Unabhängigen und erregte Gegenrufe.) Wir haben keine Angst vor den Wahlen, ich sehe aber keine Möglichkeit, dem Antrage entgegenzukommen, weil die Volkskammer noch wichtige, ihr zugewiesene Aufgaben zu lösen hat. Deshalb müssen wir den Antrag ablehnen. (Bravo!)

Abg. Koch (Dem.) bemerkt, die Behauptung, daß das Volk im Gegensatz zur Volkskammer stehe, sei eine Behauptung, die zu jeder Zeit von der Opposition bequem aufgestellt werden könne, trotzdem sie nichts weiter als eine Behauptung. Wenn der Antragsteller auf die Austrittserklärungen in der Demokratischen Partei hingewiesen habe, so sollten die Unabhängigen an ihrer eigenen Nase fassen, denn auch aus ihrer Partei seien genug Leute ausgetreten. Redner tritt aus den von Nitzsche wiedergegebenen Gründen für die Ablehnung des Antrags Barthel ein.

Abg. Hofmann (Dnat. Vp.): Seine Fraktion teile mit den Antragstellern die Ueberzeugung, daß die heutigen Mehrheitsfraktionen nicht mehr die Volksmehrheit hinter sich haben. Deshalb begrüßten sie jede Gelegenheit, die jetzige Volkskammer zur Auflösung zu bringen. (Heiterkeit bei der Mehrheit.) Und zwar trotz den sich türmenden Schwierigkeiten, die sie nicht unterschätzen. Der Redner wendet sich dann gegen die sozialistische Regierungspolitik, die nach seiner Ansicht letzten Endes in der Vernichtung des Bürgertums gipfelt, und meint, der neue Ministerpräsident werde noch weniger als sein Vorgänger in der Lage sein, die Rechte der Minderheit zu schützen, da er sich ausdrücklich auf die bekannten elf Punkte der Regierung verpflichtet habe. Die Demokraten müßten zeigen, wie sie sich mit den elf Punkten der Regierungsteilhaber abfinden. Der Redner erklärt schließlich, daß seine Fraktion einstimmig beschlossen habe, den Antrag Barthel zu unterstützen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Riethammer (D. Vp.) erhofft von den Neuwahlen Verstärkung seiner Fraktion, ist aber trotzdem gegen den Antrag, weil er einen starken Eingriff in das parlamentarische Leben bedeutet, der einer Auflösung der Kammer gleichkomme.

Abg. Wirth (Soz.): Es berührt eigentümlich, den Abg. Hofmann als Beschützer der Volksrechte sich aufspielen zu sehen, wenn man bedenkt, daß es seine politischen Freunde waren, die jahrzehntelang gegen das Volk regiert haben. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Nach einem Schlußwort des Abg. Müller, das dieser zu einer persönlichen Polemik gegen den Abg. Nitzsche benutzt, wird ein Antrag Schneider auf sofortige Schlußberatung abgelehnt und darauf der Antrag Barthel zur Weiterberatung an den Rechtsausschuß verwiesen.

Sächsische Angelegenheiten

Die neue Regierungspolitik

Gestern hat der neue Ministerpräsident Genosse Buck der Volkskammer die neue Regierung vorgestellt und dabei auch eine programmatische Erklärung abgegeben. Dabei ist es zu keinerlei Ueberraschungen gekommen. Die Regierung ist so zusammengestellt worden, wie es nach den seitherigen Entschließungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit Sicherheit zu erwarten war. Die neue Regierungspolitik aber war nach dem vorgetragenen Programm keine neue, sondern wird eine Fortsetzung der seitherigen sein. Dennoch ist es wohl möglich, daß im einzelnen hier und da etwas anders verfahren wird als seither. Darüber konnte ja das neue Regierungsprogramm nichts verkünden, es mußte sich vielmehr auf allgemeine Grundzüge beschränken.

Im großen und ganzen hat die Erklärung des Genossen Buck eine Bestätigung seiner Ausführungen auf der Landeskonferenz in Meißen, auf die er ja auch verwies. Die seitherige Koalitionspolitik mit den Demokraten wird unverändert aufrecht erhalten, der Aufruf der Volksbeauftragten, der kurz nach der Revolution ergangen ist, soll nach wie vor Richtschnur der Regierung bleiben. Nachdem er die gewaltige Arbeit der seitherigen Regierung gewürdigt, äußerte sich der neue Ministerpräsident zu den bekannten elf Punkten und wies darauf hin, daß deren Erfüllung zum Teil von der Reichsregierung oder der sächsischen Regierung bereits in Angriff genommen sei, im übrigen solle den Forderungen in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit nähergetreten werden. Entschieden lehnte er jede Nebenregierung, auch die der Aktionsausschüsse ab.

Die programmatische Erklärung des neuen Ministerpräsidenten war geeignet, Vertrauen für die neue Regierung zu erwecken. Sie wird die Arbeit fortsetzen, die die seitherigen Männer verlassen mußten, denen auch der neue Ministerpräsident den schuldigen Dank und die Anerkennung nicht versagte. Hoffen wir, daß die neue Regierung ein besseres Verständnis bei der Arbeiterschaft findet, wie die seitherige. Wer ihr aber mit hohen Erwartungen entgegenkommt, sollte von vornherein nicht vergessen, daß auch in Zukunft den besten Absichten der niederdrückende Mangel unserer schweren Zeit und daraus resultierende Widerwärtigkeiten verschiedener Art ebenso hindernd in den Weg treten werden, wie das seither der Fall war. Nur, wenn in breitesten Volkskreisen tieferes Verständnis für die Schwierigkeiten einer gedeihlichen Regierungspolitik erwächst und so die neue Regierung einen sicheren Rückhalt bei den Massen gewinnt, wird sie über die Kraft verfügen können, zwischen den tausend Nöten den Boden für lichtvollere Zustände zu bereiten. n.

Neuordnung der sächsischen Gemeindeverfassung

Der Volkskammer ist in diesen Tagen die im Ministerium des Innern bearbeitete Denkschrift zur Neuordnung der Gemeindeverfassung zugegangen. Nach Darstellung der parlamentarischen Ereignisse, die den Plan zu einer solchen Denkschrift veranlaßt haben, werden die allgemeinen Gesichtspunkte der Neuordnung in der Weise geschildert, daß zunächst eine Uebersicht über die Zahl und die Verhältnisse der vorhandenen sächsischen Gemeinden gegeben wird, und dann weiter die Umwälzungen in der sozialen Struktur der Bevölkerung seit Abschluß der letzten Gemeindereform in den 70er Jahren, namentlich durch das Wachstum der Arbeiterschaft in ihrem Einfluß auf die Gemeindeverwaltung, gekennzeichnet werden. Die Behandlung der für die Neuordnung der Gemeindeverfassung aufgetauchten Fragen und Wünsche erfolgt in der Hauptsache auf Grund der mündlichen und schriftlichen Antworten auf einen vom Ministerium des Innern herausgegebenen Fragebogen.

Dabei wird zunächst die Frage aufgeworfen, ob der Bestand der sächsischen Gemeinden aufrechterhalten oder eine zwangsweise Vereinigung der kleinen Gemeinden im großen Stile durchgeführt werden soll. Grundsätzlich wird der Erhaltung der Gemeinden zugestimmt. Darum erhebt sich die Frage, ob die Gemeinden in bestimmte Klassen eingeteilt werden sollen. Vom Standpunkte der Selbstverwaltung erscheint eine einheitliche Gemeindeverfassung erwünscht. Die diesem Grundsatze entgegenstehenden Schwierigkeiten werden in einem weiteren Abschnitte besprochen, in dem vor allem die Frage, ob Ein- oder Zweikammersystem herrschen soll, behandelt wird. Wird vom Standpunkte der Selbstverwaltung eine Klasseneinteilung der Gemeinden abgelehnt, so wird ihre Notwendigkeit für die Landesverwaltung mit Rücksicht auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeindeverwaltungen bejaht. Besonders wichtig ist die Behandlung der Frage, wie die Landesverwaltung für die Gemeinden geregelt werden soll, die sie nicht selbst durch ihre eigenen Organe ausüben können. Die Frage der Beibehaltung der Amtshauptmannschaften als staatliche Behörden oder ihre Umwandlung zu Selbstverwaltungskörpern wird eingehend erwogen. Für die Ergänzung der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Selbstverwaltung wird dagegen die unbegrenzte Zulassung des freiwilligen Zusammenschlusses in den Vordergrund gerückt, es werden aber auch die Gründe für einen Zusammenschluß durch Zwang beleuchtet und namentlich die Stellung der bestehenden Bezirksverbände und ihr Ausbau behandelt. Der letzte Abschnitt endlich ist der Frage der Aufsicht über die Gemeinden gewidmet und will, dem Streben der Gemeinden nach erhöhter Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung durch schärfere Abgrenzung der verschiedenen Fälle des Aufsichtsrechts und der Mittel der Aufsichtsführung gerecht werden.

Der Abschied des Ministerpräsidenten

Mittwoch vormittag 10 Uhr verabschiedete sich der bisherige Ministerpräsident Dr. Gradnauer von den Ministerialdirektoren sämtlicher Ministerien und übergab die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Wilh. Buck. Dr. Gradnauer sprach den Ministerialdirektoren herzlichen Dank für die aufopfernde Arbeit aus, die sie in der verflossenen schweren Zeit geleistet haben, und verbreitete sich in längeren Ausführungen über seine Auffassungen vom neuen Staate und der Stellung der Beamtenschaft in ihm. Ministerialdirektor Dr. Grützmann vom Justizministerium erwiderte als Dienstältester im Namen der erschienenen Herren. Der neue Ministerpräsident richtete sodann Begrüßungsworte an die Erschienenen.

Darauf verabschiedete sich Dr. Gradnauer von seinen bisherigen Mitarbeitern in der Staatskanzlei und dem Auswärtigen Ministerium, wozu sich sämtliche Beamten und Angestellten dieser beiden Behörden versammelt hatten. Ministerpräsident Dr. Gradnauer betonte, wenn es ihm gelungen sein sollte, das sächsische Staatsschiff über die Schwierigkeiten des letzten Jahres hinwegzusteuern, so verdanke er das in weitem Maße der aufopfernden Mitarbeit der sächsischen Beamtenschaft. Es sei nicht schwer, in guten und leichten Zeiten dem Vaterlande zu dienen, es gehöre aber zu den höchsten Aufgaben des Beamtentums, in den schwierigen Zeiten, in denen das Neue sich noch nicht zu bestimmter Gestalt herauskristallisiert habe, dem Volksganzen in unbeirrbarer Pflichttreue seine Kräfte zu widmen. Darauf dankte Ministerialdirektor Dr. Schulze dem aus seinem Amte scheidenden Ministerpräsidenten für die wohlwollende, sachliche, klarabwägende und verständnisvolle Art, mit der er die Arbeit der Versammelten stets geleitet und dadurch erreicht habe, daß nie die Berufsfreudigkeit gelitten habe. Er wandte sich sodann an den ebenfalls erschienenen neuen Ministerpräsidenten Buck und versprach ihm den gleichen guten Willen der versammelten Beamten und Angestellten. Sodann ergriff Ministerpräsident Buck das Wort und bat, ihm die gleiche vertrauensvolle Gesinnung entgegenzubringen wie seinem Vorgänger, in dessen als richtig erkannten Bahnen er auch künftig die sächsische Politik zu leiten beabsichtige. Er hoffe, wenn er dereinst aus seinem Amte scheiden werde, daß er dann in gleich herzlicher Weise wie sein Vorgänger seinen Mitarbeitern, die er hiermit begrüße, für die ihm geleistete Hilfe danken könne.

Zur Reichstagswahl in Sachsen

In einer Bekanntmachung der sächsischen Staatskanzlei über die Reichstagswahlen heißt es:

1. ... Die Gemeindebehörden haben vor der Auslegung Ort und Zeit der Auslegung in ortsüblicher Weise öffentlich bekanntzumachen und dabei darauf hinzuweisen, daß Einsprüche bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindebehörde anzubringen sind. Den Gemeindebehörden wird nahegelegt, die Einsicht in die ausgelegten Wählerlisten oder Wahlkarteien auch während der in die Auslegungsfrist fallenden Sonn- und Feiertage zu ermöglichen.

Zur Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten oder Wahlkarteien oder gegen die Versagung eines Wahlscheins sind zuständig:

in den Städten mit Revidierter Städteordnung der Stadtrat,

im übrigen die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschusse.

2. Nach § 2 des Wahlgesetzes ruht die Ausübung des Wahlrechts für die Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zu den Soldaten im Sinne dieser Vorschrift gehören die Offiziere einschließlich der Sanitäts-, Veterinär-, Feuerwerks- und Zeugoffiziere, die Deckoffiziere, die Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine. Militärbeamte dagegen gehören nicht dazu; sie sind wahlberechtigt.

3. Deutschösterreicher können nicht an der Wahl teilnehmen, da in § 1 des Wahlgesetzes ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß nur Reichsangehörige das Wahlrecht haben.

Landespolizei und Betriebsräte

Von dem Kommissar der Sicherheitspolizei, Genossen Hauffe, wird uns geschrieben:

In Nr. 100 der am 1. Mai erschienenen Dresdner Unabhängigen Volkszeitung befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift „Frische Spitzelei" mit Fragebogen, die der Kommissar für das Kreisamt Dresden zwecks Gewinnung von statistischem Material in der Frage der Betriebsratswahl, verlandt hat. Diese Umfrage hat mit Spitzelei nicht das geringste zu tun.

Die Kommissare sind verpflichtet, die maßgebenden Stellen über die Wirkung aller irgendwie mit der politischen Bewegung zusammenhängenden Gesetze und Verfügungen zu unterrichten. In diesem Sinne sind die Kommissare vornehmlich auch bezüglich des Betriebsrätegesetzes tätig geworden. In einem Industriestaate, wie Sachsen, gewinnt dieses Gesetz für die Regierung eine außerordentliche Wichtigkeit, so daß diese über die Auswirkung dieses Gesetzes eingehendst unterrichtet sein muß. Zur Erfüllung dieser Aufgabe versuchen die Kommissare auf möglichst breiter, zuverlässiger Basis festzustellen:

1. In welchem Betriebe Betriebsräte tätig sind.

2. Die Zusammensetzung der Betriebsräte in den einzelnen Betrieben.

3. Die Tätigkeit des Betriebsrates.

Zu 1. Die Betriebe werden mit Hilfe von Behörden, gewerkschaftlichen und Arbeitgeber-Organisationen, festgestellt.

Zu 2. Die Zusammensetzung der einzelnen Betriebsräte gewährt, statistisch verarbeitet, wichtige Schlußfolgerungen, z. B. welche Kreise sich besonders in den Betriebsräten betätigen und welche sich von ihnen fernhalten, ferner, ob sich dabei vor allem jene Kreise beteiligen, deren Mitarbeit in den Betriebsräten wertvoll erscheint, oder, ob sie sich, wie es schon jetzt oft den Anschein erweckt, von diesen fernhalten, und andern die Führung überlassen? Endlich, welche Wirkung auf die einzelnen Betriebe der Einfluß der Anhänger der schiedenen politischen Parteien zeitigt, usw.

Zu 3. Ueber die Tätigkeit der Betriebsräte wird versucht, sowohl aus den Kreisen der Betriebsräte selbst, als auch aus denen der Unternehmer Berichte zu erhalten. Beide Teile haben ein großes Interesse daran über die Tätigkeit des Betriebsrates, Wünsche und Beschwerden zur weiteren Auswertung des Betriebsrätegesetzes, an maßgebenden Stellen berichten zu können. Nur Berichte von beiden Teilen können ein objektives Bild über diese Tätigkeit vermitteln.

An der Feststellung der Personen, die in den Betriebsräten tätig sind, wie sie das öffentliche Rundschreiben vorsieht, hat der Kommissar Interesse, weil nach Eingang des namentlichen Materials er mit den Betriebsräten persönlich in Verbindung treten wird.

Aus all diesen sachlich angeführten Gründen ist ersichtlich, daß all die Tätigkeit der Kommissare mit Spitzelei nicht das geringste zu tun hat.

Genossenschaftlicher Neuaufbau des Leipziger Buchhandels

Wie die Leipziger Neuesten Nachrichten melden, bereitet sich im deutschen Buchhandel eine noch nicht dagewesene, in Planung und Durchführung ungeheuer umfangreiche und schwierige Kapitals-, Betriebs- und Personenvereinigung vor, die bezweckt, Leipzigs Stellung als Mittelpunkt des gesamten Buchhandels zu festigen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Leipziger Kommissionsbuchhandel mit geringen Ausnahmen in der bisherigen Weise nicht weiterbestehen kann. Dem Kommissionsbuchhandel ermöglichen auch die erhöhten Gebühren nicht mehr die Weiterführung seiner Geschäfte. Auf der andern Seite sehen sich Verlag und Sortiment außerstande, einer weiteren Erhöhung der Gebühren an die Buchhändler zuzustimmen. Um einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden und Leipzigs bisherige Stellung im Buchhandel zu sichern, will man den gesamten Buchhandel in einen genossenschaftlichen Betrieb überleiten. Es soll eine Genossenschaft errichtet werden, die ein Kommissionsgeschäft größten Stils unter Uebernahme der bisherigen Leipziger Kommissionsgeschäfte betreiben soll. Die Genossenschaft wird danach streben, möglichst alle Firmen des Buchhandels zu ihren Mitgliedern zu erhalten. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler wird sich bei der demnächst in Leipzig stattfindenden Buchhändler-Ostermesse eingehend mit diesem großen Uebernahmeplane beschäftigen.

Zwickau. Der Militärbefehlshaber der Kreishauptmannschaft Zwickau, General Senfft von Pilsach, läßt durch die Polizeibehörde bekanntgeben, daß die Waffenablieferung nicht der Anzahl der am 14. und 15. März in der Kaserne an die Arbeiterschaft verteilten Waffen entspreche und daß daher die Reichswehr in die Stadt einrücken und die Waffenabgabe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln erzwingen werde, wenn die Abgabe nicht bis zum 9. Mai, nachmittags, in befriedigender Weise erfolgt sei.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200506/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Gingko biloba

eh. Der melodische Klang dieses Namens ruft Erinnerungen wach an Romanzen aus fernen Welten, die man einmal las, irgendwann und irgendwo, und auf die man sich nicht mehr besinnt. Aber es ist nicht der Name einer romantischen Geliebten — Gingko biloba heißt ein Baum, der erst um 1750 aus seiner chinesisch-japanischen Heimat in Europa einwanderte und seitdem als seltener Fremdling auch in Deutschland grünt.

Daß er so vereinzelt blieb, ist merkwürdig, denn er ist abgehärtet und genügsam, er gedeiht in allen Lagen und Bodenarten, nur wächst er sehr langsam. In seiner Art ist er ein Sonderling. Er gehört zu den Nadelbäumen, genau: zur Abteilung der Taxineen, ist also ein Verwandter der aussterbenden Eibe. Und doch trägt er Blätter. Merkwürdige, breitkeilförmige, federartige Blätter, die er im Herbste gleich den Laubbäumen abwirft. Sie sind am oberen Rande gekerbt und tief eingebuchtet, so daß es aussieht, als seien zwei Blätter zu einem verwachsen. Goethe widmete diesem Fremdling sein Gedicht, das bekannter ist als der Baum:

Dieses Baums Blatt, der von Osten
Meinem Garten anvertraut,
Gibt geheimen Sinn zu kosten,
Wie's den Wissenden erbaut.

Ist es ein lebendig Wesen,
Das sich in sich selbst getrennt?
Sind es zwei, die sich erlesen,
Daß man sie als eines kennt?

Solche Frage zu erwidern,
Fand ich wohl den rechten Sinn;
Fühlst du nicht an meinen Liedern,
Daß ich eins und doppelt bin?

Man kann in Dresden geboren und aufgewachsen sein und doch erst sehr spät und unerwartet eines Tages entdecken, daß dieser Baum in Dresden nicht nur im Botanischen Garten grünt. Am Stübelplatz bilden vier dieser seltsamen Bäume einen Kreis. Hunderte gehen täglich an ihnen vorüber. Kinder spielen am Tage in ihrem Schatten. Liebespaare flüstern des Nachts auf den Bänken, die diese Bäume beschirmen, und niemand kennt sie.

Und dann geht man eines Tages durch die Franklinstraße, die merkwürdig genug auf der einen Seite abwechselnd mit Eichen und Linden, auf der andern Seite aber mit diesen Gingkobäumen bepflanzt ist.

Im Winter, wenn sie kahl stehen, hielt man sie vielleicht für irgendeine Pappelart. Aber dann im Frühling schmücken sie sich mit einer Verschwendung zarter grüner Funken die um den hohen, gertenschlanken, schwarzrissigen Stamm zu schwärmen scheinen. Und ein wenig später züngeln die eigenartig gebogenen, schwanken Zweige grünen Geißeln gleich um den einzigen Stamm.

Auch dann noch meint mancher ein wenig verwundert, daß da Lärchen, an die die Gingkobäume im ersten Stadium der Laubentfaltung sehr erinnern, als Straßenbäume stehen. Und im Sommer, wenn sie das volle Laub tragen, fallen sie dem Großstädter, der das Sehen verlernte, weil er zu viel und zu flüchtig sieht, noch weniger auf. Erst im Herbst, wenn sich das trockene Grün der Blätter in strahlendes Gold verwandelt, staunt vielleicht dieser oder jener darüber, was aus diesen „Lärchen“ geworden ist.

Und mancher hastet auch dann noch durch diese Straße, tritt auf die goldenen, sterbenden Blätter und sieht die Bäume nie, die in dieser Stadt fremd und doch nicht so fremd sind, wie ihm diese Stadt ist, in der er geboren wurde, in der er lebt und die er nicht kennt.

Landwirte untereinander

Ein Leser schreibt uns aus Somsdorf: In der Gemeinde Somsdorf waren vier Rinder zur Abgabe an die Entente auszusuchen. Bei dieser Aussuche scheint man nach sehr seltsamen Gesichtspunkten verfahren zu sein. Die Gemeinde Somsdorf zählt etwa insgesamt 25 Landwirtschaften, die zum Teil recht stattlichen Viehbestand und Landbesitz aufzuweisen haben. Eine Ausnahme hiervon machen vier, besonders aber drei Wirtschaften, die, bei einem Gesamtbestande von je 4—6 Stück Rindvieh, sich in ziemlich stark bedrückten Verhältnissen befinden. Sonderbar ist, daß nun gerade diese vier Landwirte die abzugebenden Rinder aufbringen mußten. Merkwürdig war schon, daß ausgerechnet diese selben vier Landwirte die einzigen aus den 25 Somsdorfer Landwirten waren, die zum Heeresdienst eingezogen und ins Feld geschickt wurden. Vielleicht ließ man sich bei der Viehabgabe davon leiten, daß die Wirtschaften dieser vier Landwirte ja ohnedies durch ihre Abwesenheit während des Krieges heruntergekommen sind und sie somit am ehesten auf je ein Rind verzichten können. Vielleicht gibt aber auch die Zusammensetzung der Viehauswahlkommission in Somsdorf Aufklärung. Diese Kommission bestand nämlich neben dem Bezirkstierarzt aus dem mit Vieh und Land am schwersten belasteten der Somsdorfer Landwirte und aus einem in gleichen Verhältnissen befindlichen Landwirt des benachbarten Gersdorf.

„Harmlose“ Fälle von Schleichhandel!

Wie unglaublich milde auch in heutiger Zeit, in der sich die Ernährungsschwierigkeiten für die weitesten Kreise der Bevölkerung immer mehr häufen, noch Justitia mit Schleichhändlern und ähnlichen Elementen verfahren kann, zeigt nachstehender Fall. Der Wirtschafts- und Mühlenbesitzer Dürichen in Bauda bei Großenhain war angeklagt und überführt, zwei Kühe ohne Anmeldung beim Gemeindevorstand an den Viehhändler Bennewitz in Großenhain verkauft, eine Kuh heimlich geschlachtet und davon 460 Pfund Fleisch für 2400 Mark sowie größere Mengen Butter und Kartoffeln an den Gastwirt Koppatz in Dresden verkauft zu haben. Bennewitz hat weiter sechs Ferkel und ein Kalb gekauft, ohne die vorschriftsmäßige Anmeldung bei der Ortspolizeibehörde bewirkt zu haben. Das Schleichhändler-Trio hat außergewöhnliche milde Richter gefunden. Das Schöffengericht hat nämlich Koppatz zu 250 M., Dürichen zu 350 M. und Bennewitz zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Die Urteilsbegründung macht den Eindruck, als ob sich das Gericht beinahe selbst ob der von ihm verhängten lächerlich geringen Strafen geschämt hätte. Es wird nämlich gesagt, daß es sich nicht um berüchtigte Lebensmittelschieber und Schleichhändler handle, sondern um Leute, die sich gegenseitig aushelfen, also um im wesentlichen harmlose Fälle handle (!). Diese Beurteilung ließ man auch Bennewitz widerfahren, obwohl dieser wegen ähnlicher Delikte schon mehrfach vorbestraft ist. Und der Koppatz hieß es, dieser habe verzeihlich gehandelt, denn er hatte zwei Gastwirtschaften zu versorgen.

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hat das Landgericht zwar ein wenig nachgeholfen und die Strafen erhöht. Es erhielten Koppatz eine Woche Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Dürichen 1700 M. und Bennewitz 200 M. Geldstrafe. Sicherlich sind aber auch diese Strafen noch nicht geeignet, abschreckend zu wirken. Gegen diese Urteile legten alle drei Angeklagten Revisionen ein. Es wurde geltend gemacht, daß an Stelle des nach Dresden gelieferten Rindfleisches Büchsenfleisch, dessen die Dresdner Bevölkerung überdrüssig sei, zurückgegeben werden sollte. Es habe somit nur Tausch vorgelegen, der nicht unter das Schleichhandelsgesetz falle. Die Butter habe sich Dürichen angeblich am Munde abgespart (!), die Allgemeinheit sei also nicht geschädigt worden, sondern habe sogar noch gewonnen, denn es sei doch auf diese Weise Butter nach Dresden gekommen. (D. h. doch wohl für die zahlungsfähigen Kreise. D. Red.) Koppatz insbesondere behauptete, daß er sich als Pächter der Wirtschaften im Opernhause und im Schauspielhause in einer Zwangslage befunden habe, denn die Mitglieder der Landestheater hätten ihm mit Entziehung der Bewirtschaftung gedroht, wenn er ihnen nicht genügend Lebensmittel besorge (!).

Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel kostenpflichtig verworfen. Schleichhandel könne auch mit Tausch begangen werden. Dieser werde sogar mit der Zeit den Kauf überwiegen.

Der unduldsame Schulvorstand

Der an der 6. katholischen Volksschule in Dresden ständig angestellte Lehrer Kosler ist am 30. Dezember 1919 aus der katholischen Kirche ausgetreten. Daraufhin entzieht ihm am 26. Januar 1920 der katholische Schulvorstand zu Dresden seines Amtes, indem er ihm unter Berufung auf das Hausrecht das fernere Betreten der Schulräume untersagte und ihm mitteilte, daß der Schuldirektor angewiesen sei, für Stellvertretung zu sorgen. Das Bezirksschulamt Dresden ., dessen Hilfe der zu Unrecht Gemaßregelte anrief, entschied, „daß der katholische Schulvorstand nicht das Recht habe, einem im übrigen zum Unterricht geeigneten Lehrer das Betreten der Schulräume zu verbieten . . . und er, solange eine katholische Schulgemeinde besteht, die Pflicht zur Weiterzahlung des Gehaltes und der sonstigen Bezüge hat“.

Obwohl die Rechtslage sonnenklar ist, beharrte der katholische Schulvorstand auf seinem Beschluß und wandte sich beschwerdeführend an das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, dessen Entscheidung nunmehr vorliegt. Wie auf Grund der Verfassung und der landesgesetzlichen Bestimmungen Sachsens nicht anders erwartet werden konnte, ist die Beschwerde des katholischen Schulvorstandes in vollem Umfange verworfen worden. „Die Zugehörigkeit Koslers zur katholischen Kirche“, so heißt es in der ministeriellen Entscheidung, „ist zwar bei seiner Anstellung als Lehrer an den hiesigen katholischen Schulen nach den damals geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine Voraussetzung bei seiner Wahl und Bestätigung gewesen. Der spätere Wegfall dieser Voraussetzung ist aber für den rechtlichen Fortbestand des Anstellungsverhältnisses ohne Einfluß, da nach Artikel 136, 1 der Reichsverfassung die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt werden. Auch ein Recht, einen Lehrer vom Unterricht zwangsweise fernzuhalten, ohne daß er aus seiner Stelle selbst entfernt wird, kann dem Schulvorstand nicht zugebilligt werden.“

Trotzdem hindert der katholische Schulvorstand zu Dresden den Lehrer Kosler auch weiterhin an der Unterrichtserteilung. Auf die Weiterentwicklung des Falles darf man gespannt sein. Das Ministerium hat das Bezirksschulamt Dresden I angewiesen, das Erforderliche vorzunehmen.

Schlecht bezahlte Intelligenz

Zu unserm unter obiger Spitzmarke in Nr. 98 gebrachten Gerichtsbericht sendet uns Herr Rechtsanwalt Dr. Herold eine Zuschrift, der wir das folgende entnehmen:

Genau so, wie mich Klunker im letzten Jahre seiner Tätigkeit bei mir hintergangen und betrogen hat, ist er auch bei seiner Verteidigung mit der Wahrheit umgegangen. Fast jedes Wort von ihm ist eine bewußte Unwahrheit gewesen und darauf abgestellt, den schweren Schaden, den er mir bereits zugefügt hat, zu vergrößern. Wahr ist eigentlich nur, daß er von mir ein Gehalt von monatlich 160 M. bezogen hat, wobei er aber verschwiegen hat, daß von mir außerdem sämtliche Kassen- und Versicherungsbeiträge bezahlt worden sind. Die Höhe des Gehalts hatte er bei Antritt seiner Stellung Anfang März 1916 selbst bestimmt. Er entsprach dem unter den damaligen Verhältnissen einem Anwaltsangestellten von seinem Alter — er zählte erst 24 Jahre — allgemein gezahlten Satze. 300 bis 400 M. erhielten nur seit Jahren erprobte und bedeutend ältere Beamte in den großen Kanzleien. Mit Zunahme der Teuerung habe ich ihn wiederholt gefragt, wie er mit seinem Gehalt auskomme. Er hat mir dann stets erklärt, er wolle in Anbetracht der während des Krieges geringen Einkünfte aus der Praxis keine Gehaltserhöhung haben, er sei ja auch nicht darauf angewiesen, besitze er doch wohlhabende Eltern und einen vermögenden Schwiegervater. Trotz meinen zu jener Zeit stark zurückgegangenen Einnahmen, die in keiner Weise mit den von Klunker gemachten Angaben übereinstimmen, hätte ich ihm selbstredend eine von ihm gewünschte Zulage gewährt, wenn er mich darum angegangen wäre. Den ihm von mir mehrmals im Jahre dringend angebotenen Urlaub hat er stets abgeschlagen. Er hatte dazu auch allen Grund, mußte er doch fürchten, daß ich während seiner Abwesenheit seine Unredlichkeiten entdecken könnte.

Ein neues Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen im Oberpostdirektionsbezirk Dresden wird gegenwärtig in der Buchdruckerei der Wilhelm-und-Berta-v.-Baensch-Stiftung hergestellt und dürfte in den nächsten Wochen zur Ausgabe gelangen. Infolge der Papiernot mußte die Herausgabe eines neuen Teilnehmerverzeichnisses längere Zeit unterbleiben. Nach Fertigstellung des Druckes wird auch ein neues Verzeichnis für die Teilnehmer im Oberlausitzer Fernsprechbezirk hergestellt.

Der Kommunalverband Dresden-Stadt und -Land, dem für das Gebiet der Stadt und der umliegenden Amtshauptmannschaften die gemeinsame Versorgung mit Gemüse und Obst oblag, soll entsprechend dem Vorschlage seines Vorstandes mit dem im Herbst 1920 endenden dritten Geschäftsjahre aufgelöst werden. Die Abteilung C des städtischen Lebensmittelamtes wird ihre Tätigkeit zur Versorgung der Stadt mit Gemüse und Obst unbeschadet dessen nach Bedarf fortsetzen.

Straßenbahn. Infolge notwendiger Instandsetzungsarbeiten an der Weißeritzbrücke in Hainsberg können die Wagen der Straßenbahnlinie 22 von Freitag an bis auf weiteres nur bis zum Gasthof Hainsberg verkehren. Die Endstrecke bis Coßmannsdorf bleibt bis auf weiteres außer Betrieb.

Reinigung städtischer Amtsräume. Die Diensträume des Lebensmittelamtes, des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung sowie der Kommunalverbände Dresden und Umgebung und Dresden-Stadt und -Land, Hauptstr. 5, werden Freitag und Sonnabend gereinigt; es können deshalb an diesen Tagen nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden. — Aus dem gleichen Anlaß ist die Armen- und Jugendfürsorgeamtsnebenstelle in der Neustadt am 8. Mai nur von 8 bis 10 Uhr vormittags für Erledigung dringender Angelegenheiten geöffnet.

Die Straßenreinigungsabgabe für das Jahr 1920 ist jetzt fällig und innerhalb drei Wochen, von Behändigung der Zahlungsaufforderung an gerechnet, im Stadtsteueramt einzuzahlen.

Enteignung von Hausbrandkohle. Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Im Monat April wurden 22 Enteignungen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben durchgeführt, von denen nur eine erfolglos war. Die enteignete Kohlenmenge beläuft sich auf insgesamt 410 Hektoliter, das sind rund 30 Tonnen oder 3 10-Tonnen-Wagen.

Neue Zuckerpreise. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat im Hinblick auf eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums eine neue Festsetzung der Kleinhandelshöchstpreise für Zucker vorgenommen. Demnach gelten vom 8. Mai an bis auf weiteres die folgenden Kleinhandelshöchstpreise für Zucker: Für gemahlenen Melis I 1,90 M. für das Pfund, für Puder-Raffinade, Lampenzucker und Brote 2 M., für Würfelzucker 2,05 M., für Kandis aller Art 2,50 M. für das Pfund.

Fleischversorgung in der Stadt Dresden. Um die Vorausbelieferung der Fleischkarten auszugleichen, findet in der laufenden Woche die Fleischbelieferung auf den Anmeldeabschnitt zum Fleischbezug auf die Zeit vom 10. Mai bis 6. Juni statt. Zur Verteilung kommt gemäß den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen Frischfleisch vom Rind, Kalb und in geringer Menge vom Schwein.

Volkshochschule. Im Rahmen der gemeinschaftlich mit dem Deutschen Forschungsinstitut für Textilindustrie veranstalteten Vortragsreihe spricht Freitag den 7. Mai, 7½ Uhr, Professor Dr. Krais im Saale der Kunstgewerbeschule über die neue Farbenlehre Wilhelm Ostwalds. Karten zum Preise von 50 Pf. (für Mitglieder) in der Geschäftsstelle, Grefe Straße 9, II., Nichtmitglieder zahlen 1 M. Zu den naturkundlichen Ausflügen: Die Teilnehmer an dem naturkundlichen Ausflug von Dr. Bähler (Abteilung I) haben zum Tagesausflug am Sonntag dem 9. Mai früh 6 Uhr 36 Minuten, ab Hauptbahnhof (6 Uhr 47 Minuten ab Neustadt) bis Neukirnmrodt. Zurück: 6 Uhr ... Mundvorrat für den ganzen Tag ist mitzubringen. Wegen der Reichstagswahl wird der für den 6. Juni geplante Ausflug auf den 30. Mai verlegt.

2. Wanderung mit Ernst Hörisch: Sonntag den 9. Mai, früh 7 Uhr, ab Leubnitz-Neuostra, Endpunkt der Linie 9. Ziel: Gebergrund, Kauscha. Literatur: Eduard Mörike.

Der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Dresden, hält seine nächste Mitgliederversammlung Freitag, abends 7 Uhr, im Odeum, Carusstraße, ab. Herr Dr. Opitz, Kreisamt für Kriegerfürsorge, wird über das neue Versorgungsgesetz sprechen. Die Delegierten der Ortsgruppe Dresden werden alsdann einen Bericht über die anläßlich des Verbandstages in Plauen i. V. behandelten Hauptfragen geben.

Erhöhung der Benutzungsgebühren für die Schwemmkanalisation. Die Steigerung der Kosten macht vom 1. April 1920 an eine Erhöhung der Benutzungsgebühren für die Schwemmkanalisation von 0,5 Prozent auf 0,7 Prozent des Miet- oder Nutzungswertes der bebauten Grundstücke zur Deckung des für 1920 auf 195420 Mark veranschlagten Fehlbetrages der Schwemmkanalisation nötig. Der Rat hat in seiner letzten Gesamtsitzung einen dahingehenden Beschluß gefaßt.

Vermächtnis zugunsten der Säuglingsfürsorge. Der am 14. November 1915 in Zeithain verstorbene Stabsarzt der Reserve Dr. med. Wolfgang Teucher hat die Stadtgemeinde zur alleinigen Erbin seines Vermögens eingesetzt. Seinem letzten Willen gemäß soll unter anderem eine Dr.-med.-Wolfgang-Teucher-Milch-Stiftung mit einem Vermögen von im Nennwerte 100000 M. zur Gewährung von guter Säuglingsmilch an Säuglinge bedürftiger Einwohner der Vorstadt Striesen oder zur Gewährung von Stillprämien an die Mütter solcher Säuglinge gegründet werden.

Vermischte Nachrichten. Die Pulsadern schnitt sich am Dienstag in der Heide bei Bühlau ein 30 Jahre alter, in der Ludwigstraße wohnhafter Rechtsanwaltsangestellter auf. — Einen Selbstmordversuch verübte gestern nachmittag ferner im Hause Camelienstraße 7 ein 2?jähriges Mädchen durch Einatmen von Leuchtgas. Die Wiederbelebungsversuche führten zum Erfolg. — Ein in der Hübnerstraße bedienstetes Hausmädchen versuchte sich gestern durch Einatmen von Leuchtgas zu vergiften, wurde aber am Leben erhalten und der Heil- und Pflegeanstalt übergeben. — Am Mittwoch nachmittag fiel im Hause Alaunstraße 60 eine Badmeistersehefrau so unglücklich zu Boden, daß sie einen Oberschenkelbruch erlitt und im Unfallwagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Aus dem Parteileben

Parteischule im Bezirk Dresden. Der Erzkursus findet nicht Sonntag, sondern Sonnabend, abends 6 Uhr, im Neustädter Jugendheim statt.

5. Unterbezirk, Dresden-Altstadt. Freitag, abends 7 Uhr, Gruppenversammlungen in den acht bekannten Lokalen. Da Aussprache über die kommenden Wahlen stattfindet, ist es Pflicht aller Genossinnen und Genossen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Der Vorstand.

6. Kreis. Am 7. Mai, nachm. 3 Uhr, findet im Plauenschen Hof, Dresden-Plauen, Hofmühlenstraße, gegenüber der Bienertmühle, die Kreisfrauenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahlen. 3. Vortrag des Genossen Bombach über: Die Frauen und die kommende Entscheidung. Wir ersuchen die Bezirksleitungen, in den Kreisen der weiblichen Mitglieder rege für diese Versammlung zu agitieren.
Die Kreisleitung.

6. Kreis. Sonntag, vormittags Punkt 8¼ Uhr, im Felsenkeller, Dresden-Plauen, Kreisgeneralversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Reichskonferenz. 2. Geschäftsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten. Diese Versammlung muß durch Delegierte beschickt werden. Die Ausweise für die Delegierten sind den Bezirksführern zugestellt worden. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist dringend erforderlich. Die Kreisleitung.

Laubegast. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, findet in der Schulturnhalle zu Laubegast ein Märchen- und Lautenabend statt. Ausführende: Genossin Matthäus, Dresden. Es werden den Kindern bei nur 30 Pf. Eintrittsgeld ein paar genußreiche Stunden geboten. Es empfiehlt sich, nur Schulkinder zu schicken. Karten sind im Konsum, bei Frau Heide, Bismarckstraße 21, I., und bei Frau Schumann, Fährstraße 15, I., zu haben.

Warnende Zeichen

Aus der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird uns geschrieben:

Syndikalistische Binnenschiffer streiken, obwohl der für sie zuständige Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, in Streik und verhindern auf der Elbe die Zufuhr der Lebensmittel für die Städte. Etwa 10000 Zentner Kartoffeln, die das Wirtschaftsministerium mit erheblichen Kosten und Schwierigkeiten aus Dänemark für Sachsen erstanden hat, werden von den Schiffern in Riesa festgehalten, und die Regierung ist deshalb gezwungen, sie dort auszuladen und durch Eisenbahn nach Dresden zu verfrachten. Dadurch werden die so wie so unerschwinglichen teuern Kartoffeln um weitere 10000 Mark verteuert. Außerdem muß angesichts der schwierigen Bahnlage die städtische Bevölkerung 10—14 Tage länger auf die so notwendigen Kartoffeln warten, und die für andre Zwecke dringend benötigten Eisenbahnzüge müssen Kartoffeln fahren, die zu Schiff in weniger als einem Tage nach Dresden geschleppt werden könnten. Zu allem andern liegt die Gefahr vor, daß durch all dies Hunderte von Zentner verderben. Zwei weitere Kähne mit 10000 Zentner Kartoffeln sind von den Streikenden unterwegs angehalten worden und liegen irgendwo an unbekannter Stelle fest. Auch hier ist die Gefahr des Verderbens groß; weil der Transportarbeiterverband diese Gefahr erkannt hat, hat er sich gegen den Streik erklärt.

Ein andrer Fall: Zwei große Fabriken Sachsens haben unter schweren Opfern endlich einige Kähne mit etwa 30000 Zentner böhmischer Braunkohle angekauft, die auf der Elbe von den Streikenden zurückgehalten werden. Bei noch mehr sinkendem Wasserstand können sie überhaupt nicht talwärts fahren und gehen der sächsischen Industrie verloren. Die Streikleitung will den Transport dieser Kohlen nicht als Notstandsarbeit anerkennen. Zwar hat eine Versammlung der Streikenden beschlossen, in Anbetracht der großen Gefahr, die mit dem Verlust der Kohle dem sächsischen Wirtschaftsleben droht, die Kohle unter roter Flagge fahren zu lassen. Aber auch das ist nach den Angaben des Streikleiters Krebs durch die Zentralstreikleitung in Berlin verhindert worden.

Ein dritter Fall: Die Bergarbeiter im Zwickau-Oelsnitzer Revier haben durch den Verband eine ab 1. Mai gültige Lohnforderung abgeschlossen, die den Arbeitern eine siebenstündige Schicht (wobei Ein- und Ausfahrt mit inbegriffen ist) und einen Mindestlohn von 45 bis 55 M. sicherstellt. Daneben erhalten die Arbeiter für jedes Kind pro Arbeitstag 1 M. Zulage, außerdem im Jahre 70 Zentner Steinkohlen zum Durchschnittspreis von 55 Pf. pro Zentner. Dazu kommen die in der Oeffentlichkeit bekannten Lebensmittelzulagen. Damit waren die Bergarbeiter einverstanden. Zwei Tage nach Abschluß dieses Vertrages verbreiteten jedoch die Syndikalisten im Namen der Bergarbeiter neue, höhere Forderungen. Danach soll die Arbeitszeit einschließlich Ein- und Ausfahrt nur 6 Stunden (die tatsächliche Arbeitszeit also nur 4½ Stunden), der Mindestlohn für einen 16 Jahre alten Arbeiter 35 M., für einen 24 Jahre alten Arbeiter 60 M. und die Kinderzulage 5 M. betragen, so daß ein 24 Jahre alter Arbeiter, der drei Kinder hat, einen Mindestlohn von 75 M. pro Tag zu fordern hatte. Selbstverständlich ist es ganz ausgeschlossen, daß solche Forderungen ohne völlige Zertrümmerung unsres Wirtschaftslebens bewilligt werden können.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200506/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Millerands Londoner Reise

Paris, 6. Mai. Der Temps meldet, Millerand werde sich demnächst nach London begeben, um mit Lloyd George, der verhindert sei, nach Paris zu kommen, die gemeinsame Haltung der Verbündeten auf der Konferenz in Spa zu bestimmen. Der Londoner Korrespondent des Temps berichtet, daß er in den bestinformierten englischen Kreisen zwei Strömungen feststellen konnte. Vor allem gelte es als abgemacht, daß die Schadenersatzsumme, die Deutschland vorgeschlagen werde, eine Diskussionsbasis bilden könne; daß es aber nicht sicher sei, ob sie von den Verbündeten angenommen werden werde. Zweitens erscheint es sehr wünschenswert, daß der Betrag der Summe festgesetzt wird, damit Deutschland wisse, was es zu zahlen habe, und damit den Verbündeten klar wird, auf welche Summe sie rechnen können. Ueber die Festsetzung der Summe gehen die englischen und französischen Ansichten auseinander, weshalb ein Meinungsaustausch zwischen den beiden Regierungen sehr empfehlenswert wäre.

Dänemarks Einmarsch

Flensburg, 6. Mai. Die erste Zone von Schleswig ist gestern von dänischem Militär besetzt worden.

•

Die Zuteilung der schleswigschen Zonen

Paris, 6. Mai. Der Botschafterrat hielt gestern vormittag unter Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung ab. Charles Merling, der Vorsitzende der Internationalen Kommission für die Volksabstimmung in Schleswig, unterrichtete den Rat über das Ergebnis der Volksabstimmung. Er erklärte, daß die Mitglieder der Internationalen Kommission sich nicht vollkommen einig seien über die Festsetzung der Grenzlinien. Nach dem Temps wäre die Kommission einig, die erste Abstimmungszone Dänemark zuzusprechen. Was die zweite Abstimmungszone anbetrifft, so seien zwei Thesen aufgestellt worden. Der englische und der schwedische Delegierte seien dafür, die ganze Zone Deutschland zuzusprechen. Der französische und der norwegische Delegierte dagegen machten Vorbehalte in bezug auf das westliche Gebiet und schlagen vor, vier Kommunen Dänemark zuzuteilen, den Rest bei Deutschland zu belassen.

Russisch-japanische Friedensverhandlungen

Rotterdam, 6. Mai. Aus Tokio wird gemeldet: Die Verhandlungen über den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan haben in Wladiwostok begonnen. Die Russen haben alle Waffenstillstandsbedingungen der Japaner angenommen, doch ist deren Inhalt nicht bekannt.

•

Von der Kaukasusfront

Stockholm, 6. Mai. Der russische Heeresbericht vom 5. Mai meldet von der Kaukasusfront: Ende April besetzten rote Truppen den Ort Sjemopla in der Nähe von Baku.

Das Sächsische Landespreisamt

hatte Mittwoch nachmittag die Vertreter der Presse zu einer Konferenz eingeladen, in der der Vorsitzende, Geheimrat Wach, Aufschluß über das Amt und seine Tätigkeit gab. Es ist am 1. Juli 1919 durch Zusammenfassung der Landespreisprüfungsstelle, der Ersatzmittelstelle, des Kriegswucheramts und der Vollzugsabteilung des letzteren zu einer Organisation ins Leben gerufen worden. Seine Hauptaufgabe besteht in der Erfassung der Schieber und Wucherer und deren Ueberlieferung an die Staatsanwaltschaft. Sein Personal hat gegenüber dem der früheren Stellen nur ganz geringfügige Veränderungen erfahren. Nur die Abteilung gegen Preistreiberei, Wucher und Schleichhandel hat, da mit 85 Beamten für das ganze Land schlechthin dem Schleichhandel nicht beizukommen war, durch Uebernahme von 13 Revisoren des Viehhandelsverbandes eine Vermehrung des Personals erfahren, trotzdem ist die Zahl von 47 Beamten für diesen Zweck zweifellos unzureichend; Bayern verfügt zu dem gleichen Zweck zur Zeit über 600 funktionierende Kriminalbeamte.

Seit Bestehen des Landespreisamtes bis 10. März 1920 wurden Waren im Gesamtwerte von rund 5 800 000 M. beschlagnahmt. Die Erfolge würden natürlich noch größer gewesen sein, wenn mehr Beamte vorhanden gewesen wären. Die Abteilung für Preisprüfung soll gewissermaßen eine vorbeugende Tätigkeit ausüben. Gewerbetreibende und Industrielle sind verpflichtet zur Auskunftserteilung über Geschäft, Kalkulation usw. Anfänglich leisteten diese Kreise Widerstand, weil sie in der Tätigkeit des Landespreisamtes eine Verlängerung der lästigen Kriegswirtschaft erblickten, auch fürchteten sie, natürlich grundlos, eine gewisse Förderung unlauterer Konkurrenzmanöver befürchten, indessen hat sich das Verhältnis mit der Zeit gebessert, wozu wohl die Heranziehung von Interessenten (Fachausschüsse) wesentlich beigetragen hat. Leider fehlt es an dem durchaus notwendigen Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Reichswirtschaftsamt und Landespreisamt. Ein schnelleres Arbeiten der Berliner Reichsstelle muß unbedingt gefordert werden, ist es doch vorgekommen, daß auf eine am 9. Dezember 1919 eingereichte Aufstellung der Schuhpreise endlich, und zwar auch erst nach wiederholten Mahnungen, am 8. März 1920, also nach einem Vierteljahr von Berlin die Antwort einlief, daß das Reichswirtschaftsamt von der Eingabe Kenntnis genommen und in baldige Erwägungen darüber eintreten werde.

Der Ueberwachungs- und Kontrolltätigkeit des Landespreisamtes ist es zu danken, wenn jetzt wieder Zündhölzer zum Preise von 35 Pfennig auf dem Markte erscheinen; es hatte [illegible] die letzte Häuteauktion in Leipzig überwachen lassen und angeordnet, daß, falls, wie jüngst in Cassel die Auktion abgebrochen würde, weil zu niedrige Preise geboten würden, die Waren beschlagnahmt würden. Preistreibereien sind namentlich seitens der Landwirte zu beobachten. Notwendig ist, daß die lokalen Preisprüfungsstellen besser ausgebaut werden und intensiver arbeiten. Von den etwa 100 Preisprüfungsstellen in Sachsen stehen nur etwa ein Dutzend auf der Höhe der Zeit.

Die Abteilung gegen Preistreiberei, Wucher und Kettenhandel, die eigentliche Polizeiabteilung, hat bis 12. März 1920 970 Stallrevisionen, 86 Landstraßenrevisionen, 18 Mühlenrevisionen, 21 Oelmühlenrevisionen, außerdem Bahnhofs- und Postrevisionen, Nachforschungen nach Schwarzschlachtungen und [illegible] mehr vorgenommen. Bei den in den letzten vier Wochen vorgenommenen Stallrevisionen wurden als verheimlicht festgestellt: [illegible]er, 21 Stück Jungvieh, 157 Kälber, 180 Schweine, 54 Läufer, [illegible]el, 88 Schafe und 11 Ziegen. Viel Arbeit haben dem Landespreisamt die Verkäufe von Heeresgut durch das Reichsverwertungsamt gemacht, das unbegreiflicherweise die Waren, mit dem die unerhörtesten Schiebergeschäfte gemacht werden, an private Unternehmer abgegeben hat.

In der sich anschließenden Aussprache wurde einer Erweiterung [illegible] des Landespreisamts das Wort geredet, insbesondere [illegible] Richtung, daß es berechtigt sein sollte, endgültig zu bestimmen und Höchstpreise festzusetzen. Auch eine Vermehrung des Revisorenapparats wurde als wünschenswert bezeichnet, besonders, daß die Gerichte bei Anzeigen durch das Landespreisamt härtere Strafen verhängen. Die Urteile gegen Schieber, Händler usw. sollen mehr als bisher in der Presse veröffentlicht werden.

Gewerkschaftsbewegung

Mühlenindustrie, Brotverteuerung und Kommunalverbände

Aus dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter wird uns geschrieben:

Die Mühlenindustrie ist am schärfsten von der Zwangswirtschaft erfaßt. Jeder freie Wettbewerb ist unterbunden und die Betriebe sind Lohnmühlen geworden, zum Teil der Reichsgetreidestelle, oder den Kommunalverbänden unterstellt. Diese Stellen haben für die Mahlungen an Getreide Mahllohnsätze nach Tonnen festgesetzt. Nun hat die Reichsgetreidestelle angesichts der folgenden Unkosten in der Mühlenindustrie nach Prüfung der Kalkulationen eine Erhöhung der Mahllohnsätze mit rückwirkender Kraft vorgenommen, damit auch die Mühlenarbeiter entsprechend der verteuerten Lebenshaltung eine Aufbesserung ihrer Bezüge erhalten konnten.

Die Kommunalverbände, oder besser die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, die wiederum der Reichsgetreidestelle hinsichtlich des Brotgetreides unterstellt sind, hätten nun allen Anlaß, eine lebenswichtige Industrie im Interesse der allgemeinen Bevölkerung auch lebensfähig zu erhalten; doch begegnet man zum Teil bei den Vorsitzenden der Kommunalverbände einem Widerstande gegen die Mühlenindustrie, der zum schärfsten Protest herausfordert. Die Behauptung, daß durch erhöhte Mahllohnsätze das Brot ungeheuer verteuert wird, veranlaßt uns, einmal festzustellen, wie die Mahllohnsätze auf die Brotpreisgestaltung wirken.

Eine Tonne Getreide ergibt 900 Kilogramm Mehl oder 1224 Kilogramm Brot. Diese Tonne Getreide kostet 120 M. Mahllohn nach dem mittleren Satz der Reichsgetreidestelle, folglich ist ein Kilo Brot nach den neuesten Mahllohnsätzen mit 9,72 Pf. belastet, oder 10 Kilogramm, also 20 Pfund, mit 97 Pf.

Die Sätze der Reichsgetreidestelle im Durchschnitt von 120 M. für die Tonne werden aber von den Kommunalverbänden zum Teil streitig gemacht, obwohl sie von der Industrie dringend benötigt werden. Das wirkt in den einzelnen Bezirken bzw. Kommunalverbänden auf die Gestaltung der Mühlenarbeiterlöhne derart ein, daß ein großer Teil der Arbeitgeber sich weigert, die tarifmäßigen Löhne, wie sie der Landestarifvertrag für die Mühlenindustrie im Freistaat Sachsen vorsieht, zu zahlen. Wenn trotz der bewegten Zeit bisher Störungen in der Mühlenindustrie nicht vorgekommen sind, so war sich die Organisation der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung bewußt. Wenn aber die Kommunalverbände keine Neigung zeigen, berechtigten und bereits anerkannten Forderungen der Mühlenindustrie Rechnung zu tragen, so lehnen wir die Verantwortung ab. Es ist nicht unsre Aufgabe, für die Arbeitgeber irgendwelche Forderungen zu unterstützen, aus denen Gewinne erzielt werden können, jedoch muß unsers Erachtens eine lebenswichtige Industrie auch lebensfähig erhalten werden im Interesse der ganzen Bevölkerung.

Seit Anfang Februar spielt die Frage der Mahllohnregelung und heute sind die Mahllöhne für die Kommunalverbände in Meißen, Bautzen, Zittau und sogar in Dresden noch nicht geregelt. Die Herren Dr. Döring, Dresden (Kommunalverband), Dr. Sievert, Meißen, Dr. Richter, Zittau, lassen sich sehr viel Zeit und die Mühlenarbeiter können ja warten, bis es den Herren gefällig ist, eine Entscheidung herbeizuführen, obwohl die Arbeitgeber in diesen Orten auch nicht zu denjenigen zählen, die aus lauter Arbeiterfreundlichkeit die Forderungen glatt bewilligen.

Wir lassen die Löhne der Mühlenarbeiter folgen, wie sie im Landestarifvertrag für Sachsen niedergelegt sind: Sie betragen in den Ortsklassen I, II und III in Gruppe a: 180, 170 und 165 M., Gruppe b: 177, 167,30 und 162,60 M., Gruppe c: 174, 164,60 und 159,90 M., Gruppe d: 145, 138,50 und 135,25 M., Gruppe e: 90, 80 und 75 M.

Aus Vorstehendem ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Löhne der Mühlenarbeiter weit hinter denen in andern Industriegruppen zurückstehen und diese Löhne werden durch die Haltung der Kommunalverbände in Frage gestellt, weil den Arbeitgebern Mahllohnsätze, wie sie die Reichsgetreidestelle festgestellt hat und die auch eine rückwirkende Entschädigung der Mühlenarbeiter gewährleisten, nicht zugebilligt werden sollen. Wir überlassen die Beurteilung dieses Verhaltens der Oeffentlichkeit.

Syndikalistische Forderungen im Zwickauer Bergbau

Zwickau, 5. Mai. Der syndikalistisch gerichtete Zentralrat der Bergarbeiter des Zwickauer Kohlenreviers, die Freie Arbeiter-Union, hat den Arbeitgebern neue Forderungen überreicht, u. a.: Sechsstündige Arbeitszeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt, Aufhebung der Akkordarbeit, Beschaffung von Bergarbeiterwohnungen und Lohnerhöhungen vom 1. April an in der Weise, daß 16jährige Arbeiter einen Tagelohn von 36 M. erhalten; bei jedem vollendeten weiteren Lebensjahre soll eine neue Steigerung von 8 M. erfolgen, so daß ein Arbeiter im Alter von 24 Jahren 80 M. Mindestlohn täglich erreicht. Die Kinderzulagen sollen erhöht werden. Eine weitere Forderung verlangt, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden dürfen. Der Bergbauliche Verein hat es abgelehnt, mit der Union zu verhandeln. —

Die syndikalistische Quertreiberorganisation im Bergbau scheint es darauf anzulegen, das deutsche Wirtschaftsleben nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Bar jedes Verantwortlichkeitsgefühls gegenüber dem ganzen Volk, besonders gegenüber den breiten Massen der Kohlenverbraucher, werden Forderungen erhoben, deren Verwirklichung nur zu einer neuen schweren Schädigung der Kohlenförderung, die im Interesse des ganzen Volkes soviel als möglich gehoben werden müßte, und zu einer weiteren gewaltigen Verteuerung der Kohle führen würde. Es wird höchste Zeit, daß die einsichtige Bergarbeiterschaft diesen skrupellosen Demagogen, die durch überspannte Forderungen die denkfaulen und wirtschaftlich ungeschulten Elemente für ihre Zersplitterungsorganisation einfangen möchten, gründlich das Handwerk legt, indem sie ihnen jede Gefolgschaft entschieden verweigert.

Zum Musikerstreik im Zirkus Sarrasani

wird uns von der Direktion des Zirkus geschrieben: „Sarrasanis streikende Hausmusiker, die bekanntlich kurz vor der ersten Ostervorstellung plötzlich Forderungen erhoben und in den Ausstand traten, standen vor dem Schlichtungsausschuß dem Direktor Stosch-Sarrasani gegenüber. Die Musiker wurden mit ihrer Beschwerde restlos abgewiesen, der Streik wurde als ungerechtfertigt erklärt." — Dazu wird uns vom Deutschen Musikerverband mitgeteilt, daß diese Darstellung den Tatsachen nicht entspricht. Die Musiker sind mit ihrer Klage nicht abgewiesen worden, sondern der Schlichtungsausschuß hat, da eine Einigung nicht zu erzielen war und er sich nicht für zuständig erklärte, die Streikenden an die ordentlichen Gerichte verwiesen. Dieser Standpunkt des Schlichtungsausschusses ist darauf zurückzuführen, daß die Anstellungsverträge der Musiker eine Klausel enthalten, wonach alle aus den Verträgen entspringenden Streitigkeiten vor die ordentlichen Gerichte zu bringen sind. Es trifft auch nicht zu, daß die Musiker kurz vor der ersten Ostervorstellung plötzlich Forderungen erhoben und in den Ausstand traten, sondern der Ausstand brach aus, weil die Direktion bereits bewilligte Forderungen nicht eingehalten hat.

Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe

Die Tarifverhandlungen für die Außenbeamten der R.-U.-Branche im Versicherungsgewerbe haben begonnen. Nachdem am 30. April vormittags der Zentralverband der Angestellten mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmer den Reichstarif für die Einnehmer endgültig vereinbart hatte, begannen am Nachmittag die ersten Verhandlungen über den Reichstarif der Außenbeamten. Das Resultat war die grundsätzliche Einigung der anwesenden Arbeitnehmer-Organisationen auf folgende fünf Punkte:

Festes Gehalt (erhöhtes Existenzminimum), Regelung der Spesen, Wirtschaftsbeihilfe, Altersversorgung, Kündigung und Urlaub. Eine aus beiden Parteien (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) bestehende je fünfgliedrige Kommission wurde gewählt und bestimmt, am Mittwoch den 5. Mai ihre Tätigkeit aufzunehmen.

Es gilt nun, den letzten Mann der [illegible] Organisationen, dem Zentralverband der Angestellten, zuzuführen, um [illegible] gegebenen Augenblicke die berechtigten Forderungen mit Nachdruck und Erfolg durchführen zu können. Die Außenbeamten müssen [illegible] selbst an der Weiterführung ihrer Sache mitwirken und in den Versammlungen, die vom Zentralverband der Angestellten für sie einberufen werden, vollzählig erscheinen, um an der Gestaltung ihres Schicksals mitratend und -tatend teilzunehmen.

Nach dem am 30. April abgeschlossenen Tarifvertrag für die Einnehmer im Versicherungsgewerbe erhalten die Einnehmer rückwirkend vom 1. Oktober 1919 an in Arbeitsklasse A ein festes Monatsgehalt von 540 M. und 50 M. Kleidergeld. Am 15. April ist ein Urlaubsgeld und am 15. Oktober eine Winterbeihilfe in Höhe je eines Monatsgehalts zahlbar. Als Abschlußgebühren für vermittelte Versicherungen sind die bisherigen Sätze zuständig.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten

wird in Kürze seinen Bundestag abhalten. Die Wahl der Delegierten im Bereich der Dresdner Ortsverwaltung wird Sonntag den 9. Mai, von 9 bis 3 Uhr, im Kronprinz Rudolf, Schreibergasse, erfolgen. Jedes Mitglied sollte von seinem Wahlrecht Gebrauch machen. Stimmzettel sind im Wahllokal erhältlich.

Verschärfung des Binnenschifferstreiks

Nach einer Meldung aus Berlin hat sich die Lage im Binnenschifferstreik verschärft. Die Schiffahrt auf der Elbe ruht vollständig.

Ausdehnung des Bankbeamtenstreiks

In Görlitz ist der Streikbeschluß gestern ausgeführt worden. Der Ausstand erstreckt sich aber nur auf die Aktienbanken, da sich die Privatbanken auf den Boden der Forderungen der Angestellten gestellt haben.

In Essen steht der Streik unmittelbar bevor, da die Bankleitungen die Gehaltsforderungen, die sich im Rahmen der in Köln und Düsseldorf erhobenen Forderungen bewegen, abgelehnt haben.

Aus aller Welt

Eine Riesengebirgsbaude niedergebrannt

Bei einem Gewitter im Riesengebirge hat der Blitz, wie aus Schreiberhau gemeldet wird, in die Dachsbaude, unterhalb der Peterbaude, eingeschlagen. Das Gebäude ging in Flammen auf. Von den Touristen ist niemand zu Schaden gekommen.

Glückliche Gemeinden

Aus der Rhön wird geschrieben: Infolge der ungeheuren Einnahmen, die die Gemeindekassen der unterfränkischen Rhöndörfer Kesselbach und Geismarkt aus den Holzverkäufen ihrer ausgedehnten Gemeindewaldungen haben, erhält in diesem Jahre ein jeder Einwohner bei völliger Steuerfreiheit von Gemeindeabgaben und neben völlig freiem Bezuge des gesamten Brennholzes noch eine besondere Bargvergütung aus der Gemeindekasse, die in Kesselbach 400 M. und in Geismarkt 3000 M. beträgt.

Briefkasten

O. Z., Döhlen. Ein Rechtsanspruch besteht auf Kriegselterngeld überhaupt nicht, doch könnte es auch noch der überlebenden Ehefrau zum Teil weitergewährt werden.

M. D., Alt-Pölitsch. (2 M.) Die Eltern erben die eine, die elterenlose Ehefrau die andre Hälfte des Nachlasses. Doch hat letztere allein Anspruch auf alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben.

K. Sch., Radeberg. Der uneheliche Vater hat keinen Anspruch auf das Kind.

Fr. W. W. 6. Am besten wird es sein, wenn Sie sich an die Abwicklungsstelle ihres Regiments wenden.

A. L., Kötzschenbroda. (50 Pf.) Wenn Sie nähere Auskunft über die Voraussetzungen für die Zahlung der 50 Fr. wie über die Aussichten eines Gesuchs haben wollen, müssen Sie sich an den Leiter der Schweizer Kinderpflege Professor Abderhalden in Halle a. d. S. wenden. Name und Ort genügen als Adresse.

13. Quittung. Für die deutschösterreichischen Genossen gingen im Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes bis 30. April ein: Gemeindearbeiter Liste Nr. 1430 3.—, 1431 2.—, 1491 2.—, 1498 3.—, 1511 2.—; Eisenbahner Liste Nr. 1371 27.—, 1375 7.—, 1376 78.50, 1377 44.—, 1378 7.50, 1379 20.—, 1380 39.—, 1381 44.—, 1382 51.—, 1383 23.—, 1384 21.50, 1386 9.—, 1387 11.—, 1388 20.—, 1390 9.50, 1391 30.50, 1392 8.—, 1393 16.50, 1394 3.50, 1395 16.75, 1398 9.—, 1399 29.25, 1400 17.25, 1403 18.50, 1404 2.—, 1405 2.—, 1406 18.50, 1408 19.—, 1412 16.— 1416 7.—. Summa: 626.75 M. Bisher gesammelt: 17 596.20 M. Zusammen: 18 222.95 M. **Hänsel.**

13. Quittung. Für unsre Arbeitslosen gingen im Ortsausschuß Dresden des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes bis 30. April 1920 ein: Gemeindearbeiter Liste Nr. 1449 0.50 M., 1459 5.—, 1460 5.—, 1501 10.—. Glasarbeiter Liste Nr. 430a 37.75 M., 430 49.50, 437 67.50, 437a 32.—, 438a 59.95, 438 60.—, 439 64.—, 439a 48.90, 440 40.50, 440a 17.50, 441 41.—, 441a 58.35. Eisenbahner Liste Nr. 1371 77.—, 1375 12.—, 1377 96.—, 1378 93.50, 1379 115.—, 1380 51.50, 1381 58.75, 1382 54.50, 1383 84.—, 1384 60.—, 1385 35.—, 1386 65.25, 1387 41.—, 1390 47.—, 1391 80.—, 1392 57.—, 1393 66.75, 1394 29.—, 1395 77.—, 1396 60.50, 1397 72.50, 1398 102.—, 1399 51.—, 1400 94.90, 1401 52.—, 1402 83.20, 1404 88.25, 1405 20.25, 1406 11.—, 1407 70.30, 1408 81.50, 1409 22.50, 1410 41.—, 1411 105.25, 1413 21.50, 1413 82.—, 1414 63.50, 1416 37.—, 1417 84.—, 1418 66.50, 1419 4.50, 1420 37.50. Summa: 2979.95 M. Bisher gesammelt: 53036.94 M. Zusammen: 56016.89 M. **Hänsel.**

Quittung. 6. Unterbezirk. Für den Wahlfonds erhalten: Von Peßler, Oberwartha, 20 M. **R. Bombach.**

Quittung. Zum Wahlfonds gingen ein: Von Walton, Meppen, 10 M., von W. St. 30 M., von Stabelitz, Dresden-Altstadt, 44 M., vom Theatermeister des Zentral-Theaters durch Scheffler 10 M. **Weichold.**

5. Klasse 176. Landeslotterie

18. Ziehungstag am 5. Mai 1920.

(Ohne Gewähr)

10000 M. auf Nr. 27474.

5000 M. auf Nr. 2528 67049.

3000 M. auf Nr. 668 4458 5140 5398 6924 11328 14966 27947 30873 33168 36820 38821 45048 45901 54155 64707 66377 76542 77274 87080 90900 91116 96546 103492 106841 109498.

2000 M. auf Nr. 8611 10340 17159 22802 27708 29900 30691 37689 38352 39804 44780 44809 45590 51255 58656 54028 66508 81206 84545 86050 84547 88984 97512 100749 102242 108901.

1000 M. auf Nr. 482 7784 12660 14058 15994 17428 22980 23258 24168 24578 25110 31808 32551 [illegible] 36160 41749 41777 45049 47472 56179 56108 56711 65067 66417 69942 72474 75281 75044 76352 76548 78740 [illegible] 84250 85508 [illegible] 85500 89100 93348 100678 100868 100809 101178 102430 103258 103065 105561 106918.

500 M. auf Nr. 2292 5961 6193 13182 20808 24984 27561 28102 30225 30283 34278 35420 [illegible] 39103 40530 40914 49874 49058 40869 51158 52074 56113 57654 61293 63284 64993 65228 65879 67235 75646 75775 75840 82410 84522 90459 90777 96687 98604 106458 107073 107657 107745 109412.

Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200506/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leben · Wissen · Kunst

Der Wildschütz

36

Roman von Hermann Dorn

Das ging für den Gefangenen wie eine Erscheinung vorüber, und in seiner Zelle dachte er an Frau von Pforden. Der weiche Glanz ihres schimmernden, blauen Seidenkleides und des dunklen, edlen Pelzwerkes, ihre von Mitgefühl feuchten Augen standen in seiner Erinnerung wie etwas Höheres und Schönes, zu dem man ergriffen und hoffend aufblickt. Und er dachte lange an das Gebilde seiner Phantasie.

Diese Verhandlung, zu der man ihn heute führte, war strafrechtlich ein glatter und einfacher Fall. Er gab zu, in einer begreiflichen Erregung auf den Holzknecht geschossen zu haben und hatte ihn leicht verwundet. Es kam also nur darauf an, wie man die Vorgänge auffaßte.

Er wollte heute demütig und ergeben bleiben und sich durch nichts aus der Fassung bringen lassen.

Als er die Vorgänge droben auf der Hütte wahrheitsgetreu erzählt hatte, setzte er sich still auf seine Bank und blickte nicht auf, als der Eberl dröhnenden Schrittes wie ein Sieger den Saal betrat.

Er erzählte mit Leidenschaft und als ob er sehr entrüstet sei. Alles hatte er darauf zugespitzt, daß der Angeklagte gestern einen Meineid geschworen hätte, um sich vom Verdachte des Mordes zu befreien, und der Schuß sei abgegeben worden, um ihn als lästigen Zeugen aus der Welt zu schaffen.

Der langbärtige Anwalt setzte ihm wohl zu, aber einen schweren Stand hatte er erst, als ihm die Frage vorgelegt wurde: „Womit wollen Sie denn beweisen, daß Sie die Verwundung da an der Seite nicht schon gehabt haben, als Sie auf die Hütte hinaufkamen?"

Darüber erblaßte der Zeuge und schielte mit dunkler gewordenen Augen von dem Verteidiger nach dem Richtertisch.

„Nun, Eberl, warum vermögen Sie darauf nichts zu antworten? Was meinen Sie, wenn ich behaupte, eben jener ermordete Jagdgehilfe hätte Sie mit seiner Kugel gestreift? Für mich und viele andere bedeutet nämlich Ihre Freisprechung noch gar nichts für Ihre Unschuld."

Da mußte auch Zenz Deuer aufsehen, und sah dem ehemaligen Kameraden grinsend ins Gesicht, das verzerrt war, nach Fassung rang und [illegible] nicht erfing.

Und jetzt sah er [illegible] im Saale über lauter gespannte Gesichter, und er atmete auf, als befreie ihn dieser Augenblick von allem Verdacht, und es dünkte ihm auch, jeder müsse nun einsehen, wer der Mörder war.

Aber der Zeuge hatte sich gefaßt und sah trotzig um sich.

„Gewiß," sagte er, „schwör ich — und so ist's, wie ich gesagt hab!"

„Nun," erwiderte der Anwalt, „dann werde ich Ihnen erzählen, wie ich die Sache auffasse. Sie hatten den Jagdgehilfen erschossen und waren auf der Flucht. Oben auf der Hütte dachten Sie zu übernachten und fanden Ihren ehemaligen Kameraden, der Ihnen gestand, in welcher Lage er sich befand, und Ihnen bereitwillig zu essen anbot. Sie aber, damit nicht zufrieden, erpreßten von seinen Mundvorräten, die für die unglückliche Wöchnerin bestimmt waren, und kehrten noch einmal zurück, um Ihrer Bosheit ein Fest zu bereiten, wahrscheinlich auch noch, weil Sie dachten, Sie könnten jetzt schon den Verdacht des Mordes auf den Unschuldigen abladen. Daß bei Ihrer teuflischen Schadenfreude, mit der Sie sich an der Ohnmacht des armen Mädchens weideten, der Angeklagte außer sich geriet und in großem Zorn der Entrüstung einen Schreckschuß auf Sie abgab, das kann jeder Mensch verstehen."

Der Eberl wollte nicht noch aufbegehren, wurde auch grob, aber es kam nichts heraus dabei für ihn. Man wies ihn scharf zurück, und er wurde zornig und unbefriedigt abgeführt.

Dem Angeklagten aber selbst dünkte es, man habe der Oeffentlichkeit für einen Augenblick von etwas den Deckel aufgehoben, das fürchterlich war. Ein Schauer überlief ihn, wenn er dachte, wie leicht er selber als so ein Böser hätte dastehen können, wenn Gott ihn nicht gerettet hätte.

Dann stand auf einmal Marie Steinhuber vor dem Richtertisch und hob die Rechte zum Schwur. Sie hielt in der linken Hand ihren Hut, daß man im Lichte die feinen Löckchen Stirne und Wangen umschimmern sah.

Sie errötete über das ganze Gesicht, erzählte aber trotzdem entschlossen alles, was zu erzählen war von ihren Erlebnissen mit dem Vater ihres Kindes und dem Besuch des bösen Kameraden.

„Und nun, mein liebes Fräulein," sagte der Anwalt ganz sanft, „noch eine Frage. Sie haben ja gestern schon bezeugt, daß der heute Angeklagte nicht für den Mord in Frage kommt, da Sie ganz genau wissen, wie er an jenen Tagen bei Ihnen gewesen war."

Das Mädchen hatte sich aufmerksam halb dem Sprecher zugewandt und drehte sich jetzt wieder dem Richter zu.

„Ja," sagte sie, „damals war er den ganzen Tag in der Hütte und hat ein Schaffel gemacht, für das Kind zum Baden. Und das hab ich gestern auch gehört, wie man ihn wollt schlecht machen, er hätt nicht die Wahrheit gesagt. Aber er hat alles ganz von sich selber aus gesagt, niemand hat ihm geraten, bloß wegen seinem Seelenheil."

„Bloß wegen seinem Seelenheil," wiederholte der Rechtsanwalt, „denn der Angeklagte ist kein Scheinheiliger, sondern ein von tiefer Religiosität erfaßter, reuiger Mensch, der mit Gott und den Menschen seinen Frieden schließen wollte, als er bekannte."

Und diese Worte: Der mit Gott und den Menschen seinen Frieden schließen wollte, dünkten dem armen Gefangenen, so ganz das auszudrücken, was er aus innerstem Herzen gewollt, daß überreizt, wie er war, die Tränen der Ergriffenheit über seine Wangen liefen, als er, den Kopf tief gebeugt, zu Boden blickte.

Aber da stand schon wieder jemand aus der Heimat und hob die Hand zum Schwure.

Der Landgerichtsrat Beilhak war bleich und ernst, als er nunmehr seine wie eine öffentliche Kundgebung wohldurchdachten Angaben machte.

„Ich habe insbesondere gebeten, mich zu vernehmen," sagte er, „weil ich verschiedenes klarstellen wollte, was eine allzu hemmungslose Verteidigung in zwei vorhergegangenen Verhandlungen ungerechtfertigterweise nicht nur gegen den Angeklagten, sondern auch gegen meine Tätigkeit als Untersuchungsrichter wie gegen ein Mitglied meiner Familie vorgebracht hat. Ich muß hier noch einmal erklären, daß die Untersuchung bis zum letzten klargelegt hat, daß Xaver Bauer weder am Tode des Ruckbeiler noch an dem seines Kindes irgendein Verschulden in kriminellem Sinne trifft. Nur ein unglückseliges Zusammentreffen von Umständen hat ihn in den Verdacht gebracht, und gerade dieses merkwürdige Zusammentreffen hat in dem Angeklagten jene innere Erschütterung hervorgebracht, aus der seine Reue und Bußfertigkeit entstand.

Ich muß weiterhin hier öffentlich erklären, daß mir in meiner langjährigen Gerichtspraxis noch kein Angeklagter untergekommen ist, in dem sich Reue und Sehnsucht nach Sühne so rein und schön gezeigt haben. Alle seine Aussagen gegen sich und andere Menschen sind auch aus diesen Gesichtspunkten zu erklären. Nachsucht oder dergleichen standen und stehen ihm vollständig fern. Aus Mitgefühl für einen solchen Menschen habe ich dann später meine Schwester gebeten, sich seiner anzunehmen. Und um allem weiteren Geschwätz, so erbärmlich es auch ist, von vornherein die Spitze abzubrechen, erkläre ich hier ausdrücklich, und unter meinem Eid, daß meine Schwester früher mit Wissen den Angeklagten nicht gekannt und seither erst wenige Worte mit ihm gewechselt hat."

Auch diese Worte erquickten den so schwer Geprüften. Daß es Menschen gab, die in seinem Leid zu ihm hielten, ja ihn priesen, das ließ gleich einer wundersamen Blume ein süßes Leben in ihm erblühen. Er war voll der Demut des vom Schicksal Geschlagenen, und von der Zuversicht eines weinenden Kindes, dem die Mutter das neue, bessere Leben aufweist, dem es nur entgegenzugehen braucht. Und darüber wurde der Himmel und alles Schöne des Lebens in neuem Glanze erkannt, was alles über das Weinen verloren schien.

Und nun hielt nach kurzen Worten des Staatsanwalts der Verteidiger noch eine lange Rede, über die man die Frauen sich schneuzen hörte, und ganz gering war die Strafe, die das Urteil fällte, und die durch die Untersuchungshaft aufgehoben wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Der Ihlenbuhl

Von Paul Mochmann

An der Straße von unserm Dorf nach der Stadt, gleich hinter den ersten Häusern, stehen zwei mächtige Pappeln. „De Haar un sin Knecht" nennen die Bauern sie, und wirklich nehmen sich aus der Ferne die beiden Bäume auf dem hellen Hintergrunde des Himmels wie zwei riesige Menschengestalten aus, von denen die eine demütig den Weisungen der andern gehorchen [illegible].

Zwischen den Pappeln und dem Dorf liegt ein kleiner kreisrunder Teich, der in meiner Jugend uns gehörte. Die Straße macht einen großen Bogen, um an ihm vorbeizukommen. Früher, in den Wendenzeiten, soll ein Damm von Pferdeschädeln mitten durch das Wasser geführt haben. Doch obgleich wir Kinder oft genug mit Hacke und Spaten in dem schlammigen Boden suchten, wir konnten keine Spur mehr von dem Damm entdecken.

Etwas anderes aber fanden wir, mein Bruder Jochem und ich, was uns im Anfang mehr erfreute, als alle Schädel der Welt es getan hätten; denn es brachte nicht bloß Ehre ein, sondern klingenden Gewinn.

Wenn wir nur ein Weilchen mit unsern nackten Beinen in dem trüben Wasser gestanden hatten, so kam es von allen Seiten herangeschossen, schwarz, in Schlangenwindungen, und saugte sich an der hellen Haut fest. Das waren Ihlen oder Blutegel, wie der Apotheker in der Stadt sie nannte. Ihm verkauften wir die Tiere, drei Stück für einen Groschen, und eine Handvoll Zwiebelbonbons bekamen wir meist auch noch mit auf den Weg.

Noch heute muß ich jedesmal, wenn ich auf dem Regal einer Landapotheke in den wassergefüllten, leinwandüberdeckten Gläsern die glatten schwarzen Körper in verknäulter Ruhe oder in wimmelndem Durcheinander sehe, an mein erstes selbstverdientes Geld denken. Denn verdient war es, und zwar redlich. Es ist keine Kleinigkeit, stundenlang bei glühendem Sonnenbrand im Wasser zu stehen und den Ihlen seine Gliedmaßen als Köder anzubieten. Und wenn sie nur immer der Lockung gefolgt wären! Aber an manchen Tagen wollten sie durchaus nicht „anbeißen", ja zuweilen schien es, als hätten wir sie ganz ausgerottet. Um unsre Beine glitten nur Pferdeihlen, die auf dem Rücken einen rostbraunen Streifen tragen. Aber sie zu greifen, verlohnte nicht der Mühe, denn für sie gab der Apotheker in der Stadt nicht einen roten Pfennig. „Sie gehen nicht an den Menschen", sagte er freundlich, als wir einmal ein paar davon bei ihm einzuschmuggeln versuchten, und wir wagten nicht, es zu bestreiten. Wußten wir doch aus eigner Erfahrung nur zu gut, wie recht er hatte.

Alle Mißerfolge vermochten jedoch unsern Jagdeifer nicht zu lähmen. Kehrten wir einmal am Abend mit leerer Kanne heim, so vertrösteten wir uns auf den nächsten Tag und wurden auch fast immer durch reiche Beute für unser Vertrauen belohnt.

Aber als uns der Vater dann aus der Dorfschule nahm und zum Pastor in den lateinischen Unterricht schickte, schien es zuerst, als müßten wir unserm ehrsamen Gewerbe, dem wir einen erklecklichen Wohlstand verdankten, für immer entsagen. Beim alten „Köster Möller" hatten wir häusliche Schularbeiten nicht gekannt. Und da man uns in der Wirtschaft nicht brauchte, gehörten die Nachmittage nur uns und den Ihlen. Bei dem Pastor aber mußten wir gerade außerhalb der Unterrichtsstunden das meiste lernen, die fünf Deklinationen, die vier Konjugationen, die scheußlichen unregelmäßigen Verben und was man sonst noch braucht, um den Cornelius Nepos zu verdeutschen. Bei dem Versuch, dem Ihlenfang und der Wissenschaft gleichzeitig zu dienen, indem wir die Grammatik mit in das Wasser nahmen, kam beides zu kurz. Die Hand, die das Buch hielt, erlahmte bald und sank hinab, Schulter und Rücken schmerzten. Dann wechselten wir die Stellung und rührten dabei die Flut auf. So hafteten weder die Vokabeln im Kopf noch die Blutegel an den Beinen. Danach gruben wir eine tiefe Bucht und ließen uns, die Beine im Wasser, das Buch im Schoß, am Ufer nieder. Aber so nahe an das Land kamen die Ihlen nicht, und darum standen wir auch von diesem Versuch bald ab.

Da hatte Jochem einen vortrefflichen Einfall: Wir wollten uns ein Floß bauen. Im Winkel einer unserer Scheunen lagen noch vom letzten Erntefeste her zwei leere Fäßchen, die rollten wir eines Abends an den Teich. Ein paar Bretter wurden draufgenagelt, und das Floß war fertig. Wir schoben es auf das Wasser, ließen uns mit den Rücken gegeneinander vorsichtig jeder an einem Ende nieder und ruderten mit den Beinen ein Stückchen in den Teich. Das Floß trug und ließ sich leicht lenken. Freudig kehrten wir an das Land zurück, und bis in den Traum hinein beschäftigte uns unser Fahrzeug.

Kaum hatten wir am andern Tage unser Mittagessen verschlungen, so eilten wir schon hinunter zu unserm Floß und ein paar Minuten später ruderten wir mit langen Beinbewegungen wieder teichenwärts. Vor uns auf den Knien lag die Grammatik, zwischen uns aber stand bedeckt die Kanne für die Ihlen. Als wir nach ein paar Stunden an das Ufer zurücklenkten, hatten wir einen Fang gemacht wie nie zuvor, und unser lateinisches Pensum verrichten wir doch wenigstens einigermaßen.

Von da an wurde uns unser Floß immer lieber, und konnten es nicht genug rühmen. Bis dann der Tag kam, der uns den Ihlenpuhl und alles, was auf und in ihm ist, für immer verleidete. —

(Schluß folgt.)

Vorträge

Der Zweckfilm. Der Verein der Plakatfreunde hatte einen gut ausfallenden, dabei auffallend guten Anschlag der Mönkemeyer-Corin zu einer Vorführung von Werbefilmen geladen, mit der ausdrücklichen Absicht, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf diese neue und wirksame Art der Reklame zu lenken. Ein Herr, Fachmann des Werbefilmwesens, sprach über die Erfordernisse und die Herstellung der Reklamefilme und die Erfordernisse eigener Erfindung, von denen namentlich die Trickfilme eigener Erfindung, von denen namentlich die Trickfolge einen Eindruck machten. Wenngleich die Bezeichnung „künstlerisch" nach doch gegriffen ist, darf man die meisten seiner Erzeugnisse recht geschmackvoll bezeichnen. Einen gewissen historischen Wert hat der „Werbefilm für die deutsche Kriegsflotte", da er die letzte Kinoaufnahme unserer Hoch- und Unterseeboote darstellt. Es scheint unzweifelhaft, daß etwa dem Fremdenverkehr durch die Darstellung sehenswerter Gegenden und der Bekleidungsindustrie durch kinematographische Modenschau reicher Gewinn erwachsen kann.

Zwei Tage später zeigte der Hauptvertreter der Ufa (Universum-Film-Aktien-Gesellschaft), J. Nitzsche, wie der Film im Dienste der Wissenschaft, des Unterrichts und der Volksbildung zu verwenden ist. Die Kulturabteilung der Gesellschaft umfaßt ein reiches Lager von Aufnahmen aus dem Gebiet der Naturwissenschaft, der Erd- und Völkerkunde, der Medizin, der Hygiene und sogar der Mathematik. Die Schulen und Volksbelehrungsanstalten aller Art zur Verfügung stehen. Natürlich sind solche belebte Darstellungen weit eindrucksvoller als das Wort oder das starre Bild — darum ist es dringend notwendig, namentlich in den Volksschulen der Großstadt so rasch es geht, Vorführungsmöglichkeiten zu schaffen. Das Arbeiterkind, das zwischen Steinen aufwächst und mit vierzehn Jahren in die Fabrik wandert, meist nicht die geringste Ahnung vom Leben und Weben in der Natur draußen vor den Toren. Ehe aber nicht in den Aulen, Turnhallen und Klassenzimmern die Projektionsapparate stehen, sollte man sämtliche Lichtspieltheater zwingen, jede Woche Filme aufzunehmen, die imstande sind, auch Menschen mit dem Geschmack mit der Erfindung des Kinematographen auszusöhnen.

Vortragskunst

Kunst eines Richters. Zu einem Erlebnis wurde die Feierung mit dem Dichter Kurt Heynicke, dem Träger des Kleistpreises von 1919. Frau Anna Joachimsthal-Schwabe vermittelte sie. Selbst innerlich ergriffen von den so mischen Gedichten, die den Dichter überwältigen, stark durchglüht von dem ekstatischen Pathos, das alle unsre Jüngsten erfüllt, trug sie eine Reihe Gedichten aus Heynickes lyrischen Bänden und aus dem Manuskript vor. Der geknebelte Wille, das Ich reckt sich gewaltig auf und gibt Gott die Hand. Einen starken Glauben an den guten Menschen, vor allem den guten deutschen Menschen, bewies namentlich das Gedicht, die Predigt. In uns selbst müssen wir uns suchen und wiederfinden, in diese Mahnung klang der Abend aus, der dem Dichter und seiner Künderin dankbaren Beifall und den tief nachwirkende Erhebung brachte.

Dresdner Kalender

Theater am 7. Mai. Opernhaus: G. Volksvorstellung: Der Freischütz (7½). — Schauspielhaus: Dackerpotts Erben. — Albert-Theater: Die schicke Auguste (7). — Residenz-Theater: Willis Frau (7). — Residenz-Theater: Zur Einquartierung (7).

Albert-Theater. Franz Stein ist von seinem Unfall, der er in der letzten Aufführung des Glückskandidaten erlitt, wieder hergestellt, daß die erfolgreiche Neuheit Montag den 10. wieder in den Spielplan aufgenommen werden kann. Zu der Aufführung sollen alle Besucher der letzten, im dritten Akte abgebrochenen Aufführung, die sich durch den Stammabschnitt ihrer Einlaßkarte vom 16. April ausweisen, freien Zutritt haben.

Der Tanzabend Lent Mahela ist auf Mittwoch den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Künstlerhause festgesetzt.

Sportkartell

Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Der dritte Vortrag des Turngenossen Kügel mußte verschoben werden. Derselbe findet am 10. Mai, 7 Uhr, in Dresdner Volkshaus statt. — Dresden: Jeden Donnerstag, 6 Uhr, Spielstag für Turner, Turnerinnen und Fußballer auf dem Alaunplatze. 8. Mai, 7 Uhr, im Kyffhäuser, Kamenzer Straße 52: Versammlung mit Vortrag über Schwimmen; 6 Uhr Vorstandssitzung. — Niedergorbitz. 8. Mai: Wanderabend mit Musik nach Weißig. Abmarsch 6 Uhr Gasthof Roßtal. — Birkigt: Wanderabend nach Oberhermsdorf. Abmarsch 6¼ Uhr vom Platz mit Kapelle und Pfeiferkorps. — Wilmsdorf. 7. Mai, nach der Turnstunde: Versammlung im Vereinslokal. — Oberpoyritz: 7. Mai, 8½ Uhr im Gasthof Versammlung. 8. Mai: Wanderabend nach Pennrich. Abmarsch 7 Uhr Gasthof.

Arbeiter-Athleten. Die Ringer aller Körpergewichtsklassen zum Städtewettkampf Dresden-Berlin sind bis zum 20. Mai beim Kreisvorsitzenden Max Diener zu melden. Bundestagsprotokolle, Bundeszeitungen sind beim Kreiskassierer Pelz, Försterei-Straße zu bestellen. Athletenklub Simson, Deuben: 9. Mai in der Weissinburg, Deuben, Vereinswettstreit im Heben und Ringen, Anfang vormittags 10 Uhr.

Turnspiele: 4. Gruppe. Resultate vom 2. Mai. Abteilung A. Barlauf: Bannewitz I—Mockritz I 63:59; Welschhufe I—Cunnersdorf I 88:84; Bannewitz II—Welschhufe II 47:38. Fußball: Bannewitz I—Cunnersdorf I 86:78; Welschhufe I—Cunnersdorf 77:47; Bannewitz I—Mockritz I 81:19; Welschhufe II—Bannewitz 62:85; Cunnersdorf II—Mockritz II 85:28; Cunnersdorf II—Bannewitz II 38:16; Welschhufe III—Cunnersdorf III 20:16; Bannewitz —Welschhufe III 89:82; Cunnersdorf IV—Bannewitz IV; Bannewitz IV—Welschhufe IV 20:19. Abteilung B. Barlauf: —Kaitz 53:29; Wilmsdorf—Kleinnaundorf 89:29; Kleinnaundorf—Hänichen 29:28; Rippien—Wilmsdorf 45:43. Faustball: —Hänichen I 66:62; Rippien II—Hänichen II 54:28; —Kaitz II 58:25; Wilmsdorf III—Rippien III 46:38. — Wilmsdorf—Kaitz 64:48.

Freie Schwimmer. 6. Mai, 7 Uhr: Ballbootsitzung, Vorstandssitzung, Haurhs Ruhe, Hamburger Straße; Gartenfest daselbst, Anfang 8 Uhr; 9. Mai: Schwimmen Dresden (Elbstromgebiet), 8 Uhr, oberhalb der Briesnitzer. Cotta-Löbtau. 12. Mai, 7 Uhr: Sitzung, Haurhs Ruhe; 7 Uhr: Schwimmwartsitzung, Drehgasse 8; 22. Mai: 7½ Uhr Haurhs Ruhe, Abfahrt 8 Uhr Haltestelle Cotta.

Fußballsport. Vorspiel zu den Städtespielen gegen Leipzig und Nürnberg gegen Dresden (Arbeiter-Turn- und -Sportbund). Bei dem Uebungsspiel am ... siegte die erste Dresdner Städtemannschaft mit 2:1 über ... Ungefähr tausend Zuschauer verfolgten das einwandfreie mit regem Interesse. Die erste Mannschaft war im Angriff zweiten überlegen. Diese erzielte den technischen Nachteil, ... opferndes Spiel und zeigte sich als gleichwertiger Gegner. Mannschaften gehen am 16. Mai mit den besten Hoffnungen in die Städtespiele und werden in Dresden wie in Nürnberg beste Sport bieten.